



Protokoll Einwohnerratssitzung

6. Sitzung

Montag, 22. August 2022, 19:00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Christian Oehler, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 48 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Daniel Roth, Stadtschreiber
Anna Borer, Co-Leiterin Stadtentwicklung
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Melanie Morgenegg, Abteilungsleiterin Kultur
Mina Najdl, Koordinatorin Kind und Familie

Entschuldigt: Alois Debrunner, Einwohnerrat
Nora Riss, Einwohnerrätin



Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	213
2. Inpflichtnahme von Michael Schibli als neues Ratsmitglied (anstelle von Dieter Wicki)	214
3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022-2025 (anstelle von Dieter Wicki)	215
4. Anfrage Pascal Benz (FDP. Die Liberalen Aarau); Stromspeicher für Aarau	217
5. Anfrage Urs Winzenried (SVP); Neue Skulptur "AARAU" aus Metall	219
6. Mündliche Anfrage Alexander Umbricht (GLP); Finanzielle Verluste Anlagefonds, Eniwa	221
7. Neubau KIFF; Verpflichtungskredit	223
8. Einführung Arbeitsbereich "Frühe Kindheit" innerhalb der Sozialen Dienste	233
9. Revitalisierung Markthalle; Kreditantrag	244
10. Motion Brigitte Vogt (FDP), Martin Bahnmüller (FDP), Silvano Ammann (FDP), Rainer Lüscher (FDP); Färberplatz wird zum Aarauer Lieblingsplatz	252
11. Postulat Fraktionen Pro Aarau, EVP/EW, GLP, Die Mitte; Neugestaltung Färberplatz ohne Markthalle	254
12. Motion Abdul M. Abdurahman (SP); Neugestaltung Färberplatz	255
13. MFH Achenbergstrasse 9 und Kirchbergstrasse 18; Teilsanierung; Baukredit	256
14. Kreditabrechnung Werkhof, Ersatz Lichtband über Werkhofhalle / Lager	259
15. Kreditabrechnung Fuss- und Radweg Torfeld Nord; Projektierung und Realisierung	260
16. Kreditabrechnung Werkhof, Erneuerung Fassadenelemente Werkhofhalle	261



Traktandum 1

Mitteilungen

Christian Oehler, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Es sind 48 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 25. Entschuldigt haben sich Alois Debrunner und Nora Riss.



Traktandum 2

Inpflichtnahme von Michael Schibli als neues Ratsmitglied (anstelle von Dieter Wicki)

Christian Oehler, Präsident: Heute dürfen wir ein neues Ratsmitglied in Pflicht nehmen. Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat als Ersatz für den zurückgetretenen Einwohnerrat Dieter Wicki ab 1. August 2022 Michael Schibli (Die Mitte) als gewählt erklärt. Michael Schibli hat am 20. Juni 2022 schriftlich erklärt, eine Wahl in den Einwohnerrat anzunehmen. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich von den Sitzen zu erheben. Michael Schibli bitte ich, sich vorne in die Mitte zu begeben. Ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und bitte das neue Ratsmitglied, diese mit den Worten "ich gelobe es" zu bestätigen. Im Geschäftsreglement § 3 ist festgehalten: "Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates, das Wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln".

Michael Schibli, Mitglied: "Ich gelobe es". Die Wahl in den Einwohnerrat ist für mich ein Meilenstein, der mich glücklich macht und auf den ich mich sehr freue. In einer lebendigen Demokratie, wie wir sie hier haben, braucht es engagierte Leute und ich freue mich sehr, dass ich Teil davon sein kann. An Themen, welche unsere Stadt weiterhin positiv gestalten, mangelt es nicht. Als Bewohner der Altstadt liegen mir einige Anliegen, wie zum Beispiel die Markthalle und die busfreie Altstadt, besonders am Herzen. Ich beginne voller Freude mit der Arbeit hier im Einwohnerrat. Ich möchte gerne noch Manfred Hinrich, einen deutschen Philosophen zitieren: "Der hoffnungsvollste Fang ist der Anfang".



Traktandum 3

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022-2025 (anstelle von Dieter Wicki)

Christian Oehler, Präsident: Es sind folgende Personen gemeldet worden: Christoph Müller, (SVP) und Michael Schibli (Die Mitte). Gibt es weitere Wahlvorschläge?

Das ist nicht der Fall. Möchten die Wahlvorschläge noch näher begründet werden?

Susanne Heuberger, Mitglied: Bereits im Januar, als für die FGPK zu Beginn der Legislaturperiode die 11 Sitze bestimmt wurden, habe ich hier votiert, dass die SVP wiederum mit 2 Mitgliedern in der FGPK vertreten ist. Daran halten wir auch heute – wenn es darum geht, einen Sitz neu zu bestellen, welcher durch einen Rücktritt entstanden ist – fest. Die GLP und Die Mitte, haben in der Fraktionsgemeinschaft mit 7 Sitzen genau gleich viel Einwohnerratssitze wie die SVP. Von der GLP, Die Mitte werden 2 Sitze in der FGPK beansprucht. Folglich setzt sich die SVP wiederum auf den Standpunkt, mit ebenso vielen Sitzen, nämlich 7, ebenfalls 2 Sitze in der FGPK besetzen zu können. Wir schlagen Ihnen heute Christoph Müller vor. Er ist an der letzten Einwohnerratssitzung vereidigt worden. Christoph Müller ist eine Person mit sehr viel Lebens- und Berufserfahrung aus allen relevanten Bereichen. Das betrifft insbesondere auch das Projektmanagement, das Controlling, das Risikomanagement und die Finanzen. Er ist in der Lage, auch sehr komplexe Geschäfte – wie sie in der FGPK immer wieder zu behandeln sind - objektiv zu beurteilen und auch schnell zu verstehen. Und das ohne ideologische Filter. Wir sind überzeugt, dass er eine ideale Ergänzung in der FGPK wäre. Er bringt zudem etwas ganz Wichtiges mit. Nämlich die entsprechende Zeit, welche benötigt wird, um sich seriös für die Arbeit in dieser Kommission vorzubereiten und sich entsprechend einbringen zu können. Wir bedanken uns für eine ehrenvolle Wahl von Christoph Müller.

Lukas Häusermann, Mitglied: Ich habe schon im Januar begründet, weshalb Dieter Wicki die richtige Wahl ist. Ich kann das noch einmal – für alle die neu in den Einwohnerrat gewählt wurden – repetieren. Es trifft zu, dass es sich mehr oder weniger um eine Pattsituation handelt, wenn man die Sitze anschaut. Wenn man den Wähleranteil betrachtet, liegen GLP/ Die Mitte zusammen leicht vor der SVP. Grund 1, Grund 2: Es gibt doch auch noch gewisse Unterschiede zwischen Die Mitte und GLP und daher ist das Parteispektrum sicher besser in der FGPK abgebildet, wenn man eben den Kandidaten Der Mitte wählt und nicht ein zweites SVP-Mitglied. Wir schlagen Michael Schibli vor. In seiner Vorstellung hat er nicht erwähnt, dass er Treuhänder und Immobilienbewirtschafter ist. Er eignet sich deshalb ebenfalls bestens für die FGPK. Er wohnt in der Altstadt, hat aber sein Büro in Rohr und kennt daher ganz Aarau. Ich bin überzeugt, dass er ein Gewinn für die Kommission und auch für die Fraktion ist. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Wahl von Michael Schibli zu unterstützen.

Christian Oehler, Präsident: Ich bitte die Stimmzählerinnen, die Wahlzettel zu verteilen.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel	48
leere oder ungültige	1
in Betracht fallende Wahlzettel	47
absolutes Mehr	24



Gewählt mit 32 Stimmen ist Michael Schibli

Nicht gewählt mit 15 Stimmen ist Christoph Müller

Ich gehe davon aus, dass Michael Schibli die Wahl annimmt und gratuliere ihm zu diesem Amt.

Die Traktandenliste und die nötigen Botschaften haben Sie rechtzeitig erhalten. Es gibt noch zwei Geschäfte, welche in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission am 10. August 2022 behandelt wurden. Diese sind aber heute nicht traktandiert und werden dann an der nächsten Sitzung vorgelegt. Im Vorfeld zum Traktandum Revitalisierung der Markthalle gab es gewisse Fragen und einen E-Mail- und Whatsapp-Verkehr. Wir behandeln dieses Traktandum und die dazugehörenden Vorstösse gemeinsam unter dem gleichen Traktandum. Abgestimmt wird dann über jedes Geschäft einzeln. Gibt es Bemerkungen zur vorliegenden Traktandenliste?

Keine Bemerkungen.



Traktandum 4
GV 2022 – 2025 / 18

Anfrage Pascal Benz (FDP. Die Liberalen Aarau); Stromspeicher für Aarau

Christian Oehler, Präsident: Am 27. Februar 2022 hat Einwohnerrat Pascal Benz eine Anfrage betreffend Stromspeicher für Aarau eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat, unter Mitwirkung der Eniwa, wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Welche Schritte wird die Stadt Aarau in Zusammenarbeit mit der Eniwa unternehmen, um direkt oder indirekt (über die Eniwa) Speicherkapazitäten zu schaffen oder zu organisieren, welche einerseits die Stadt gegen Instabilitäten im Stromnetz schützen und andererseits die Erträge aus der Stromproduktion optimieren?

Derzeit wird eine noch geringe Menge an Solarstrom ins Eniwa-Netz eingespeist. Im Jahr 2022 sind in Aarau 230 PV-Anlagen in Betrieb, die über eine installierte Leistung von 5'800 kW verfügen. Bei einem Gesamtstromverbrauch von 184 Mio. kWh in Aarau macht die jährliche Solarstromproduktion von rund 5.4 Mio. kWh etwa einen Produktionsanteil von 3% aus und stellt das Stromnetz noch nicht vor grosse Herausforderungen. Die Kapazitäten nehmen jedoch Jahr für Jahr zu.

Eniwa hat das Areal Erlifeld in Unterentfelden mit einem 100 kWh Stromspeicher zur Optimierung der Eigenversorgung mit Solarstrom ausgerüstet und dabei wichtige Erfahrungen gewonnen. Für einen grossflächigen Einsatz von Batteriespeichern sind die heutigen Investitionskosten noch deutlich zu hoch. Zahlreiche private Solarstromproduzentinnen und -produzenten investieren trotzdem bereits heute in einen eigenen Stromspeicher, meist aus versorgungstechnischen und ideologischen, nicht jedoch aus wirtschaftlichen Gründen. Mit der Vehicle-to-Grid- oder Vehicle-to-Home-Rückspeisemöglichkeit werden schon in wenigen Jahren weitere Nutzungsmöglichkeiten der grossen Batteriespeicher von Elektrofahrzeugen für die Tag-/Nachtoptimierung zur Verfügung stehen. Bei der saisonalen Speicherung steht zurzeit eher die Umwandlung von Sommerstromüberschüssen zu Wasserstoff im Fokus. Mit der Pilotanlage beim Kraftwerk Aarau hat Eniwa bereits drei Jahre Erfahrung mit dem Betrieb eines Elektrolyseurs, welcher den Wasserstoff für die erste Wasserstoff-tankstelle der Schweiz in Hunzenschwil produziert hat.

Der Stadtrat anerkennt, dass Stromspeicher dazu beitragen können, Spitzen beim Strombezug zu glätten und Energie für den Erhalt der Netzstabilität bereitzustellen. In der Ostschweiz haben die Städte Rapperswil-Jona, Arbon und seit diesem Jahr auch Gossau gemeindeeigene Stromspeicher im Einsatz. Diese werden zur Netzstabilisierung und zur lokalen Versorgungssicherheit eingesetzt. Damit solche Speicher wirtschaftlich betrieben werden können, sind grössere Investitionen – im Fall von Gossau beispielsweise CHF 2 Mio. - erforderlich.

Stadtrat und Eniwa verfolgen das Thema der Energiespeicher aufmerksam und stehen im regelmässigen Austausch.

Frage 2: Wie gedenkt die Stadt Aarau private Eigentümer von Energiespeichern (Elektroautos, Wärmepumpen) in diese Schritte einzubeziehen? z.B. im Rahmen der Umsetzung der Elektromobilitätsstrategie, des Förderprogrammes Energie oder der Smart City Aarau Strategie?



Zum Einbezug privater Stromspeicher existiert keine Strategie. In der Elektromobilitätsstrategie war bidirektionales Laden noch kein Thema, da bisher weder genügend entsprechende Fahrzeugmodelle noch die geeignete Lade- und Entladeinfrastruktur zur Verfügung standen.

Im Förderprogramm Energie ist aktuell keine Förderung von Speichern vorgesehen. Die vorhandenen Mittel werden vor allem für den Ersatz fossiler Feuerungen (Förderung erneuerbarer Wärmeerzeuger), Energieeffizienzmassnahmen (Gebäudeprogramm) und den Ausbau von Stromerzeugung durch Photovoltaik-Anlagen eingesetzt.

Ein entsprechendes Ziel ist auch in der Smart City Aarau Strategie nicht verankert. Innerhalb des Aktionsfelds "Multimodale Mobilität" wurde jedoch eine Stossrichtung zur Planung und Realisierung von intelligenter Infrastruktur festgehalten. Diese zielt auf den Einbau von Messsensoren und die entsprechende Analyse von Mobilitätsdaten ab. Innerhalb des Aktionsfelds ressourceneffiziente Wirtschaft mit geschlossenen Kreisläufen wurde zudem ein Schwerpunkt auf Sharing Economy gelegt. Vor diesem Hintergrund ist die Stadt Aarau im Smart City-Bereich offen für eine Zusammenarbeit mit der Eniwa, um entsprechende Infrastruktur zu prüfen (z.B. e-mobility as a service) und geeignete Pilotprojekte in die Wege zu leiten.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 5
GV 2022 – 2025 / 40

Anfrage Urs Winzenried (SVP); Neue Skulptur "AARAU" aus Metall

Christian Oehler, Präsident: Am 7. Juni 2022 hat Einwohnerrat Urs Winzenried eine Anfrage betreffend neue Skulptur "AARAU" aus Metall eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: War der Stadtrat in das Projekt Metall-Skulptur „AARAU“ involviert, und wenn ja, in welcher Form?

Der Stadtrat war informiert, aber nicht in die Projekterarbeitung involviert.

Frage 2: Was waren die hauptsächlichen Gründe für die Schaffung einer zweiten Skulptur „AARAU“ neben der bestehenden und beliebten Holz-Skulptur?

Die Stadt Aarau besitzt drei bewilligte Standorte (Schachen, Schwanbar, Heinerich Wirri Strasse 3), an denen der Holzschritzug aufgestellt werden darf. Der Schritzug wechselt jedes Jahr den Standort, somit kommt nur alle drei Jahre jeder Standort einmal zum Zug. Da der Schritzug an der Heinerich Wirri Strasse 3 guten Anklang fand, wurde entschieden, eine dauerhafte Lösung für diesen Standort anzuschaffen.

Frage 3: Warum wurde die neue Skulptur nicht ebenfalls aus Holz, sondern aus Metall gefertigt?

Der Schritzug aus Metall ist, im Gegensatz zur Holzvariante, beinahe unterhaltsfrei.

Frage 4: Warum wurde als Standort der neuen Skulptur die Wiese vor der städtischen Liegenschaft an der Heinerich-Wirri- Strasse gewählt?

Sowohl die Grösse wie auch die Lage der Parzelle eignen sich dafür. Durch die prominente Lage an der südlichen Einfahrtsachse nach Aarau kommt der Schritzug optimal zur Geltung.

Frage 5: Ist geplant, dass die neue Skulptur analog der Holz-Skulptur künftig ebenfalls an wechselnden Standorten in der Stadt aufgestellt wird?

Nein. Es handelt sich um eine fixe Installation.

Frage 6: Wurden für die Herstellung der Metall-Skulptur verschiedene Offerten eingeholt, und wenn ja, warum erhielt eine Firma aus Oberflachs und nicht eine Firma aus Aarau oder der näheren Umgebung den Zuschlag?

Nein, es wurden keine weiteren Offerten eingeholt. Die entsprechende Firma wurde aufgrund ihrer Spezialisierung auf diesem Gebiet ausgewählt.

Frage 7: Erachtet der Stadtrat den Preis von 13`000 Franken für die Herstellung dieser eher einfachen Metall-Skulptur, deren Muster aus Holz bereits vorhanden ist, in jeder Beziehung als angemessen?



Bei einem Schriftzug in dieser Materialisierung und Dimension, sowie angesichts der Anforderungen an die Wetter- und Windfestigkeit ist mit einem Preis in dieser Grössenordnung zu rechnen.

Frage 8: Gilt die Metall-Skulptur „AARAU“ als Kunstwerk (Kunst am Bau) und wurde deshalb aus dem Liegenschaftsbudget und nicht aus dem Kulturbudget finanziert?

Nein, der Schriftzug gilt nicht offiziell als Kunstobjekt. Er ist ein Gestaltungselement, welches zur Liegenschaft gehört.

Frage 9: Ist die Beschaffung von weiteren Skulpturen „AARAU“ aus Holz, Metall oder anderen Materialien geplant, so zum Beispiel an jeder Einfallsachse nach Aarau?

Nein, aktuell ist nichts dergleichen geplant.

Frage 10: Wird die bisherige attraktive Holz-Skulptur „AARAU“ weiterhin in den Sommermonaten an wechselnden Standorten aufgestellt?

Ja, der Wechsel zwischen den Standorten im Schachen und der Schwanbar ist weiterhin vorgesehen.

Frage 11: Ist der Stadtrat vom schlussendlichen Produkt der eher düster und abweisend wirkenden Metall-Skulptur „AARAU“ im Vergleich zur hellen und freundlichen Holz-Skulptur „AARAU“ restlos befriedigt, dies auch in Anbetracht, dass sich über Geschmack bekanntlich streiten lässt?

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die unterschiedliche Materialisierung unterschiedlich aufgenommen werden kann.

Urs Winzenried, Mitglied: Der Stadtrat hat auf meine 11 kurzen Fragen kurz geantwortet. Dazu möchte ich vier Bemerkungen machen. Ich erachte diese Skulptur nach wie vor als nicht schön, aber über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Ich erachte den Preis von sage und schreibe 13'000 Franken für die Skulptur als deutlich zu hoch. Ich erachte die Skulptur als Plagiat und als unnötige Konkurrenz zum Kulturdenkmal, welches im Rahmen des eidgenössischen Turnfestes gestaltet wurde. Schlussendlich verstehe ich nicht ganz, weshalb diese Skulptur nicht als Kunstwerk dem Kulturbudget angegliedert wurde, sondern als Gestaltungselement einer Liegenschaft. Ich bin mit den Antworten des Stadtrates teilweise zufrieden.



Traktandum 6

Mündliche Anfrage Alexander Umbricht (GLP); Finanzielle Verluste Anlagefonds, Eniwa

Replik auf Anfrage Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele

Alexander Umbricht, Mitglied: Wie an der letzten Sitzung angesprochen, möchte ich noch eine Replik auf die Anfrage "Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele" machen. Die Anfrage bezieht sich ja auf die Mitgliedschaft der Eniwa beim Verband der Schweizerischen Gasindustrie.

Replik

Die IWB, das Energieversorgungsunternehmen primär in und rund um Basel mit über 900 Angestellten verkauft etwa fünfmal so viel Gas wie die Eniwa. Sie schreibt im Mai 2021, also vor über einem Jahr: IWB setzt auf Wärmeverbünde und klimafreundliche Einzellösungen. Das macht die Eniwa übrigens auch. Die IWB schreibt weiter: Die strategische Ausrichtung von IWB passt damit nur noch bedingt zu einer Mitgliedschaft in der Interessensvertretung der Gaswirtschaft. IWB, ein Teil der Gaswirtschaft, sind hier mit verschiedenen Geschwindigkeiten unterwegs. Damit sind die Interessen von IWB und dem VSG nur noch in Teilen deckungsgleich. Das Ende der langjährigen Mitgliedschaft im VSG ist die logische Konsequenz für IWB. Das wurde auch so umgesetzt. Kurzum, die Ausführungen des Stadtrates könnte man als einseitig, beziehungsweise blind vor dem Problem anschauen. Allen, die daran zweifeln, rate ich, bei der nächsten Plakatwerbung für Heizen mit Gas darüber nachzudenken, ob das wirklich im Sinne des Klimaschutzes oder auch der Zwischenversorgungssicherheit ist.

Mündliche Anfrage Finanzielle Verluste Anlagefonds Eniwa

Im Budget 2022 geht der Stadtrat beim Anlagefonds von einer Planrendite von 1.2 % aus. Beim Budget 2023 sogar von 3.6 %. Laut dem aktuellen Budget rechnet der Stadtrat auch mit einem Verlust von rund 10 Millionen Franken im Anlagefonds bis Ende Jahr. Die erste Frage lautet: Sind diese Angaben noch aktuell, beziehungsweise, wie würden die aktuellen Zahlen lauten und worauf beruhen die Annahmen? Auch der finanzielle Abschluss der Eniwa, und zumindest auch ein Teil der Dividende für die Stadt sind genauso von den Finanzmärkten abhängig. Die zweite Frage lautet: Ist davon auszugehen, dass auch die Eniwa deshalb mit einem deutlich schlechteren Ergebnis rechnen muss und somit auch die Dividendenerträge 2022 unter dem Vorjahr bleiben? Vielen Dank für die Beantwortung.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Wir befinden uns in der Mitte des Jahres. Wir wissen heute noch nicht genau, wie der Abschluss in diesem Jahr ausfallen wird. Im Budget 2022 haben wir aber 1.2 % Rendite eingerechnet. Das sind etwa 1.3 Millionen Franken des Anlagefonds und damit wird auch gerechnet, wenn es einen Verlust gibt. Wir müssen heute von einem Verlust ausgehen. Die genauen Zahlen habe ich jetzt nicht, aber wir werden im Grossen und Ganzen aktuell bei minus 7 - 8 % liegen. Dieser Verlust wird dann aus der Schwankungsreserve gedeckt, welche sich ja in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken randvoll präsentiert. Es wird also keine Differenz zu unserem Budget geben. Wir erzielen einfach den Minimalertrag und keinen Zusatzertrag, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Das letzte Mal ergab sich ein Minimalertrag im Jahr 2018, weil sich das Anlagejahr auch schlechter präsentierte. Die Erfahrung aus den letzten 20 Jahren, in welchen der Anlagefonds besteht, zeigt, dass auf die Jahre mit einer Minusrendite jeweils wieder



ein Jahr mit einer Plusrendite folgte. Bei der Eniwa ist die Situation anders. Dort wissen wir natürlich auch nicht, wie die Entwicklung bis Ende Jahr aussieht. Wir haben den Zwischenabschluss bis jetzt noch nicht gesehen. Wir müssen aber auch damit rechnen, dass mindestens der Anlageertrag, welcher auch eine gewisse Rolle spielt, negativ ausfallen wird. Bei der Eniwa ist aber zu beachten, dass natürlich grosse Teile der Preiserhöhungen auch an die Kunden weitergegeben werden. Der Umsatz wird dort massiv steigen. Insofern ist es durchaus möglich, dass der Ertrag ähnlich gross, wie budgetiert, ausfällt. Daher wird im nächsten Jahr auch eine andere Rechnung anfallen. Also wir wissen nicht, wie die Situation Ende Jahr aussieht. Ich gehe davon aus, dass beide Töpfe zusammen einigermaßen ausgeglichen sein werden, wie das in der Vergangenheit auch der Fall war, mit jährlichen Verschiebungen.



Traktandum 7
GV 2022 – 2025 / 44

Neubau KIFF; Verpflichtungskredit

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 20. Juni 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat heisst einen Verpflichtungskredit von 9'000'000 Franken sowie ein Darlehen von maximal 3'000'000 Franken für den Neubau KIFF auf dem Kunath-Areal in der Telli gut.

Dazu ist von der SVP folgender

Abänderungsantrag

eingegangen:

Der Einwohnerrat heisst einen Verpflichtungskredit von 6'000'000 Franken sowie ein Darlehen von maximal 6'000'000 Franken für den Neubau KIFF auf dem Kunath-Areal in der Telli gut.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Alsdann folgen die Erläuterungen der Antragsteller, die Diskussion im Einwohnerrat, die Stellungnahme des Stadtrates und allfällige Rückmeldungen aus dem Rat. Schlussendlich erfolgt die Abstimmung

Die Meinung der FGPK vertritt Fabio Mazzara.

Fabio Mazzara, Mitglied: Die FGPK hat sich an der Sitzung vom 10. August 2022 ausgiebig mit dem Verpflichtungskredit von 9 Millionen Franken sowie einem Darlehen von maximal 3 Millionen Franken für den Neubau des KIFF's auf dem Kunath-Areal auseinandergesetzt. Als Auskunftspersonen für Fragen aus der FGPK standen Stadträtin Suzanne Marclay-Merz und die Leiterin der Abteilung Kultur, Melanie Morgenegg, zur Verfügung. Einleitend halten die Auskunftspersonen fest, dass das KIFF als kantonaler Leuchtturm eine wichtige Kultureinrichtung für die Stadt ist. Der Mietvertrag für den bisherigen Standort endet, weshalb ein neuer notwendig wird. Zudem ist das aktuelle Gebäude in einem schlechten Zustand und lässt sich nicht sinnvoll renovieren. Das KIFF hat ein Gesuch um einen Beitrag von 12 Millionen Franken gestellt. Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, einen Beitrag von 9 Millionen Franken zu leisten. Zusammen mit den bereits von der Stadt finanzierten Projektierungskosten beträgt der städtische Beitrag insgesamt 10.12 Millionen Franken. Zusätzlich soll ein zinsloses Darlehen von maximal 3 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt stehen dem KIFF deshalb von städtischer Seite 13.12 Millionen Franken zur Verfügung. Die Beitragszusicherung des Kantons fehlte zum Zeitpunkt der FGPK Sitzung noch. Unterdessen wurden 10 Millionen Franken gesprochen. Bezüglich einer möglichen Bauteuerung hat das KIFF mit der Stadt Kontakt aufgenommen. Der Stadtrat hat beschlossen, den Investitionsbetrag diesbezüglich nicht zu erhöhen. Sofern notwendig, soll eher geprüft werden, ob eine Darlehenserhöhung möglich wäre. Die Auskunftspersonen weisen auf folgenden Fehler in der Botschaft hin: Auf Seite 13 Ziffer 7 zur Sicherstellung des städtischen Beitrags wird ein Schuldschein im **dritten** Rang errichtet, nicht –



wie fälschlicherweise angegeben, im **zweiten** Rang. Im ersten Rang befindet sich die Sicherstellung des Jahresbaurechtszinses in der Höhe von 120'000 Franken zugunsten der Immo Telli AG. Im zweiten Rang befindet sich die Sicherstellung der Darlehensforderung der AKB in der Höhe von 2 Millionen Franken. Die Vorgänge sind, im Vergleich zur Gesamtinvestition von rund 28 Millionen Franken, somit relativ gering. Der Kanton verlangt für seinen Beitrag keine Sicherstellung. Vertraglich wird zudem sichergestellt, dass der Verkauf des Gebäudes durch den Verein nicht möglich ist. Das Projekt wird seitens der Stadt eng begleitet. Damit ist eine zeitnahe Information über eine allfällige Bauteuerung gewährleistet. Die Stadt wird auch zwei Sitze im Vereinsvorstand beanspruchen. Sie sollen mit Fachpersonen besetzt werden. Nach der einleitenden Erläuterung hatten die FGPK-Mitglieder die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Aus der Kommission ist bemängelt worden, dass das KIFF durch eine mögliche unverschuldete Bauteuerung Probleme bekommen könnte, weil bereits die Abzahlungsbürde des Darlehens getragen werden muss. Man wollte wissen, ob es nicht möglich wäre, dem KIFF seitens der Stadt entgegenzukommen. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass man den Betrag nicht erhöhen möchte. Die effektive Bauteuerung ist zurzeit nicht absehbar. Im zutreffenden Fall würde man mit dem KIFF nach einer Lösung suchen. Weiter erkundigte man sich, ob es Erfahrungswerte bezüglich Gästezahlen und Ticketverkauf gibt. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass ein Businessplan erstellt wurde. Die AKB hat bestätigt, dass eher konservativ gerechnet worden ist. Die Stadt hat zudem eine Betriebsanalyse erstellen lassen. Auch diese bestätigt die eher konservative Haltung bezüglich dieser Zahlen. Die Aussage, wonach das KIFF die Telli stärken wird, wird aus der Kommission in Frage gestellt. Es gibt heute schon Bewohnerinnen und Bewohner, welche genug von diesen Immissionen haben. Es geht vor allem um Menschenströme am Wochenende, welche die Telligebewohnerinnen und Telligebewohner stören. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass insbesondere der Restaurationsbetrieb eine wichtige Funktion als Quartiertreffpunkt haben könnte. Angestrebt wird auch eine Tagesnutzung. Davon soll das Quartier und auch die umliegenden Betriebe profitieren. Aus der Mitte der Kommission wird die Frage gestellt, ob eine Zukunft für das KIFF nur mit dem Neubau inklusive Ausbau möglich ist. Die Auskunftspersonen halten fest, dass mit dem Projekt keine räumliche Reduktion mehr möglich sei. Man müsste ganz von vorne beginnen. Die Ausgangslage war, einen Konzertraum für 1000 Personen zu erstellen, weil sonst kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist. Auch von abwesenden Mitgliedern wurden Fragen eingereicht. Beispielsweise wollte man wissen, wie die Modalitäten beim Darlehen sind. Die Auskunftspersonen antworteten, dass der Darlehensvertrag noch nicht unterzeichnet worden ist. Vorgesehen sind maximal 3 Millionen Franken zinsloses Darlehen mit einer Rückzahlung ab spätestens dem 7. Betriebsjahr. Das Darlehen muss bis zum Ende des Baurechts abbezahlt sein. Es sind viele weitere Fragen beantwortet worden. Die Würdigung der Vorlage war grossmehrheitlich positiv. Es handle sich um ein spannendes Projekt, das KIFF sei weit herum bekannt und wertvoll. Man hofft, dass die Darlehen keine allzu grosse Herausforderung für den Verein bedeuten. Trotz der Redimensionierung werde ein zweckmässiges und schönes Gebäude, aber keine Luxuslösung, erstellt. Kritische Argumente gab es in Bezug auf die Grösse des Projekts und die erhöhte Lärmbelastung für das Quartier. Die Schlussabstimmung fiel relativ klar aus. Die FDPK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 5 Ja zu 1 Neinstimme, den Kredit von 9 Millionen Franken sowie das Darlehen von maximal 3 Millionen Franken für den Neubau des KIFF gutzuheissen.

Christoph Müller, Mitglied: Wenn nichts dagegenspricht, werde ich sowohl den Antrag begründen, wie auch das Referat halten. Die SVP-Fraktion dankt allen, bisher ins Projekt involvierten Personen, für die wertvoll geleistete Arbeit. Die Botschaft des Stadtrates an den Einwohnerrat ist klar formuliert. Die Projektdokumentation ist detailliert und sauber ausgearbeitet. Ein spezieller Dank geht auch an diejenigen Personen, welche jetzt hier nicht anwesend sind, nämlich an die vielen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die ohne zu murren schon etwa zweieinhalb Millionen Franken für dieses Projekt bezahlt haben. Die



SVP-Fraktion setzt sich geschlossen für eine Ersatzlösung des bestehenden KIFFs ein. Entweder hier in Aarau oder allenfalls auch in einer anderen Gemeinde. Aber das vorliegende Projekt, inklusive vorgeschlagener Finanzierung, lehnen wir ab. Das Projekt ist aus unserer Sicht überdimensioniert und die Finanzierung ist ungenügend. Wir haben diesbezüglich Bedenken. Betrachten wir einmal die Projektgrösse. Wir haben uns in der letzten Sitzung vor den Sommerferien mit dem Oberstufenzentrum Telli beschäftigt. Bei diesem Geschäft ging es um ca. 120 Millionen Franken. Dabei handelt es sich um ein sogenanntes mast to have-Projekt, um eine Investition in die Zukunft für tausende von Schülerinnen und Schülern und Lehrern. Heute diskutieren wir über ein sogenanntes nice to have-Projekt. Die effektiven Gesamtkosten werden im Bereich von ca. 35 bis 50 Millionen Franken liegen. Im Worstcase könnten wir 68 Millionen erreichen. Ein solches Riesenprojekt als midimini zu betiteln, scheint mir echt irreführend, vor allem wenn man die Zahlen mit einem Schulzentrum Telli, vergleicht. Ich möchte Sie nicht mit komplexen Analysen und Wahrscheinlichkeiten belasten. Ein wichtiger Grundsatz aus dem Bereich Risikomanagement ist, dass man zwar auf den best-case hoffen kann, aber planen sollte man für den worst-case. Schauen wir doch gemeinsam, wie die Zahlen wirklich zustande kommen. Die Angaben von 28.8 Millionen Franken, plus/minus 10 Prozent, kann man der Dokumentation entnehmen. Die Kostenschätzung basiert auf dem Baupreisindex von 102.2, Stand April 2021. Wir befinden uns heute irgendwo im Bereich von 110. Wenn wir heute mit den erwarteten Baukosten rechnen würden, stünden wir – dank der aufgelaufenen Teuerung - schon bei etwa 31 Millionen. Wenn wir die Schwankungsbreite plus/minus 10 Prozent berücksichtigen, wären wir irgendwo zwischen 28 und etwa 34 Millionen Schweizer Franken. Ich wollte wissen, wie es sich verhält, wenn man im Bereich Teuerung eine Schwankungsbreite hätte und was passiert, wenn Bauverzögerungen eintreten. Ich habe bei der Teuerung den Baupreisindex zwischen etwa 2 % pro Jahr variieren lassen, was sehr tief wäre, und etwa 9 Prozent pro Jahr. Ich erinnere, dass wir im vergangenen Jahr etwa 7 Prozent gehabt haben. Den Abschluss der Bauarbeiten habe ich optimistisch auf 2025 gelegt, im worst-case-Szenario auf 2030. Es gibt also 3 Parameter, an welchen wir schrauben könnten. Wir haben die Baukosten gemäss den Dokumentationen, plus/minus 10 %. Wir haben die Entwicklung des Baukostenindex. Wir haben den Fertigstellungszeitpunkt. Diese Kurzanalyse liefert uns 3 Zahlen. Einmal haben wir 30 Millionen, dann haben wir 39 Millionen und wir haben 68 Millionen. Im absoluten best-case-Szenario wird das KIFF 2.0 im Jahr 2025 eingeweiht. Die Baukosten sind 10 Prozent tiefer, als vom Projektteam geschätzt und die Bauteuerung wird nur etwa 2 % betragen. In diesem best-case-Szenario würden wir bei etwa 30 Millionen landen. Beim worst-case-Szenario wäre die Einweihung ca. im Jahr 2030. Wir alle wissen, dass es Einsparungen geben kann. Andere Schwierigkeiten, beispielweise bei der Lieferkette, können eintreffen. Verzögerungen sind immer möglich. Die Baukostenteuerung beträgt 9 Prozent. Dann würden wir bei 68 Millionen Franken landen. Ich sehe eine gewisse Konsternierung in den Gesichtern und mir ist klar, dass meine Erläuterungen für gewisse Leute absurd klingen. Diesen Leuten empfehle ich, sich bei der Eniwa zu erkundigen, weshalb die Strompreise ab nächstem Jahr 25 % teurer werden. Wenn man alles mit Erwartungswerten rechnet, also davon ausgeht, dass sich die Welt in den nächsten Jahren gemäss unseren heutigen Erwartungen entwickelt, würden wir etwa bei 39 Millionen Franken liegen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es keine richtigen oder falschen Zahlen gibt. Die Analysen zeigen einfach auf, in welcher Bandbreite wir rechnen müssen. Im best-case sind die Kosten tief, im worst-case sind sie hoch. Vermutlichen landet man irgendwo dazwischen. Ich persönlich hätte vor 2 Wochen auch nicht geglaubt, dass die Zahl von 39 Mio. Franken als realistisch einzuschätzen ist. Aber so lernt man dazu. Wie sieht es nun mit der angedachten und uns vorgelegten Finanzierung aus? Wie wir gehört haben, hat der Regierungsrat letzte Woche 10 Millionen Franken gesprochen. Das ist 1 Million Franken weniger als beantragt. Wir müssen auch in Betracht ziehen, dass der Betrag von 5.8 Millionen Franken, welcher der Verein KIFF beitragen möchte, noch nicht gesichert ist. Wenn wir aktuell den städtischen Beitrag bei diesen 12 Millionen Franken stehen lassen, so hätten wir eine gesicherte Finanzierung von etwa 25 Millionen Franken. Diese 25 Millionen Franken stehen einem Projekt gegenüber, welches erwartungsmässig ca. 39 Millionen Franken



kosten könnte. Ein solcher Finanzierungsvorschlag ist meiner Meinung nach ungenügend. Wir sprechen hier im besten Fall von einem Deckungsgrad von 70 %, im worst-case hätten wir nur etwa 35 Prozent der Kosten abgedeckt. Die 12 Millionen Franken, über die heute im Einwohnerrat entschieden wird, sind eigentlich eher eine Anzahlung an das Projekt. Es geht ein wenig um eine Finanzierung à la Salami-Taktik. Diese Einstellung kann man als raffiniert oder als unehrlich taxieren. Um das Risiko und das Ausmass eines Totalverlusts für die Stadt zu verringern – eigentlich vor allem auch aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen, von der Stadt unterstützten Privatvereinen – beantragt die SVP-Fraktion, dass man die Unterstützung von 12 Millionen Franken aufteilt in einen Verpflichtungskredit von 6 Millionen (anstelle von 9 Millionen) und im Gegenzug das rückzahlbare Darlehen auf maximal 6 Millionen Franken aufstocken kann. Den Antrag haben wir eingereicht und schriftlich begründet. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrages. Das sollte auf das Projekt keinen Einfluss haben. Damit würde aber das Risiko für die Stadt deutlich reduziert. Sollte der Abänderungsantrag im Rat abgelehnt werden, würde die SVP-Fraktion geschlossen gegen das Geschäft stimmen, weil wir es nicht vertreten können, dass die Stadt ein solches Risiko auf sich nimmt. Ich erinnere nochmals. Wir können auf den best-case hoffen, aber in jedem Fall auch den worst-case planen.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Den Grünen und mir persönlich liegt das KIFF sehr am Herzen. Ich besuche das KIFF bereits seit 31 Jahren und nahm am 9. März 1991 erstmals an einem Konzert teil. Seither habe ich alle verschiedenen Phasen mit dem KIFF erlebt. Zu Beginn gab es einen Konzertsaal. Eine Metalltreppe führte hinauf in den Konzertsaal. Später kam eine Bar dazu. Diese wurde mit dem Umbau wieder entfernt. Es wurde eine Innentreppe mit Silo und Foyer errichtet. Eine professionelle Küche wurde installiert und vieles mehr. Das KIFF hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig verändert und das ist auch gut so. Es hat sich schweizweit einen Namen gemacht. Ich gehe immer noch regelmässig ins KIFF und hatte gerade im Mai und Juni das Glück, zwei wunderbare Bands in einem ausverkauften Kiff geniessen zu dürfen. Die Stimmung war bei beiden Konzerten einfach nur super, der Sound genial, kurzum, zwei heisse Konzerte und das nicht nur im übertragenen Sinn, sondern im wahrsten Sinne des Wortes. Ich hatte noch nie so heiss an einem Konzert. Die schon sehr alte Lüftung konnte den vollen Raum überhaupt nicht kühlen, auch die fehlende Isolation des KIFF liess die Temperaturen in diesen heissen Monaten stark ansteigen. Diese beiden Saunakonzerte haben mir ein weiteres Mal gezeigt, dass das KIFF nach einer dreissigjährigen Zwischennutzung eine alte Dame geworden ist und ihr Ablaufdatum erreicht hat. Es ist Zeit für einen weiteren Schritt. Es ist Zeit für ein neues KIFF. Man könnte jetzt natürlich darüber diskutieren, ob Aarau ein solches Eventlokal braucht. Für uns Grüne ist das absolut klar. Das KIFF ist ein würdiges Eventlokal für eine Kantonshauptstadt. Es ist ein Leuchtturm, das KIFF gehört zu Aarau. Man könnte sich weiter fragen, ob das KIFF in einer kleineren Form nicht besser wäre. An der Infoveranstaltung über das Projekt wurde von den Verantwortlichen eindrücklich erklärt, dass ein Konzertsaal eine gewisse Grösse aufweisen muss, damit auch bekannte Bands gebucht werden können. Das Raumkonzept gemäss Projektbeschreibung überzeugt. Neu finden im KIFF tausend Personen Platz. Der Konzertsaal ist aber auch so aufgeteilt, dass sich die Besucherinnen und Besucher nicht ganz verloren vorkommen, wenn es einmal weniger Leute hat. Das Kiff veranstaltete immer kleine Konzerte und unterstützte lokale Bands. Das ist im neuen KIFF auch noch gut möglich. Das ganze Projekt überzeugt. Das KIFF hat seine Hausaufgaben gemacht und hat auch, nach den ersten Gesprächen mit dem Stadtrat, Einsparungen vornehmen können. Für die Grüne Fraktion ist aber klar, dass die Zitrone jetzt ausgepresst ist. Wir sehen keine Möglichkeit mehr zum Sparen. Über die Art und Weise, wie der Stadtrat das KIFF finanziell unterstützt, sind wir nicht nur glücklich. Das KIFF wünschte sich von der Stadt eine Unterstützung von 12 Mio. Franken. Die Stadt beteiligt sich an den effektiven Baukosten mit 9 Mio. Franken und einem zinslosen Darlehen von 3 Mio. Franken. Ein zinsloses Darlehen birgt aber auch eine gewisse Gefahr. Es ist nämlich so, dass das Kiff selbst 5.8 Mio. Franken beisteuern muss. Das KIFF hat zudem bereits einen Baukredit von



2 Mio. Franken aufgenommen. Jetzt müssen für diese 2 Mio. Franken und für die 3 Mio. Franken der Stadt Rückzahlungen geleistet werden. Keine Bank wird dem KIFF noch einen neuen Kredit gewähren, wenn zum Beispiel jetzt genau der Teuerungsfall eintritt. Es ist uns bewusst, dass ein 3 Mio. Darlehen, auch wenn über 70 Jahre zurückzahlbar, für das KIFF eine grosse finanzielle Belastung darstellt. Für uns steht auch fest, dass das KIFF nicht noch mehr finanziell belastet werden darf. An dieser Stelle möchte ich mich zum Antrag der SVP äussern. Auch die SVP hat eine Vertretung an diese Infoveranstaltung delegiert. Dort wurden die finanziellen Möglichkeiten des KIFF erläutert. Der Antrag der SVP bedeutet den Todesstoss für das KIFF. Ebenfalls wurde erwähnt, dass es keine Möglichkeiten mehr gibt, Einsparungen am Projekt vorzunehmen, und schon gar nicht 6 Mio. Franken. Die Verantwortlichen des KIFF sind alles Fachpersonen im Bereich von Eventlokalen. Das Projekt ist somit kein Luftschloss. Es wurde mit sehr realistischen, laut der AKB sogar mit äusserst konservativen, Umsatzzahlen gerechnet. Die Verantwortlichen planen somit vorsichtig und sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Auch der Vergleich mit dem AK-Basketball oder dem Tennisclub finden wir total daneben. Beide sind weder kantonale Leuchttürme, noch sprechen sie ein nur annähernd breites Publikum an, wie ein KIFF. Es macht den Anschein, dass die SVP das KIFF nicht möchte. Zum Schluss meiner Rede möchte ich mich beim KIFF bedanken. In den letzten 31 Jahren war ich immer wieder zu tiefst darüber beeindruckt, mit wie viel Engagement und Herzblut hunderte von freiwilligen Aktivistinnen und Aktivisten sowie Helferinnen und Helfer im KIFF mitgearbeitet haben. Namentlich in der Küche, an der Bar, an der Kasse, beim Betreuen der Bands, Eingangskontrolle oder im Vorstand. Ohne all diese Freiwilligenarbeit wäre das KIFF nicht das, was es heute ist, nämlich ein grossartiger Ort für Jung und Alt. Ich freue mich auf den nächsten Schritt und ich freue mich auf die nächsten 31 Jahre Konzerte. Die Grünen werden dem Geschäft zustimmen und den Antrag der SVP ablehnen.

Nicola Müller, Mitglied: Ich habe bereits am Maienzug mit einigen von Ihnen über das KIFF-Projekt gesprochen. Ganz besonders in Erinnerung blieb mir ein kurzes Gespräch, welches ich mit einer Einwohnerrätin der FDP führte. Sie bestätigte mir im Verlauf des Gesprächs, das KIFF natürlich zu unterstützen, weil das KIFF auch für sie eine Herzensangelegenheit ist. Es wurde mir erneut bewusst, dass das KIFF eben für viele Aarauerinnen und Aarauer eine Herzensangelegenheit ist und zwar deshalb, weil eben die meisten von uns ihre eigene Geschichte mit dem KIFF verbinden. Sei es eine Erinnerung an ein tolles Konzert oder Erinnerungen an lange, ausschweifende Abende oder spannende Gespräche im Foyer, oder einfach die Erinnerungen daran, wie die eigenen Kinder im KIFF die erste Arbeitserfahrung sammeln konnten. Für die SP-Fraktion ist das KIFF auch eine Herzensangelegenheit. Für uns steht deshalb fest, dass wir das jetzt vorliegende Projekt einstimmig unterstützen werden. Es gibt zahlreiche Gründe. Ich kann nur einige davon nennen. Das KIFF ist in Aarau eine Institution, ein kantonaler Kulturleuchtturm mit einer Geschichte. Aber beinahe gleich lang wie das KIFF selbst stellt sich auch die Frage, wie man es dann für die Zukunft sichern kann. Es gab schon verschiedenste Ideen und Projekte. Sie liessen sich nicht umsetzen und wurden verworfen. Schon etliche Male war die Zukunftssicherung des KIFF auch hier im Einwohnerrat ein Thema. Jetzt endlich liegt ein konkretes Projekt vor. Jetzt endlich können wir die Zukunft dieser Kulturinstitution nachhaltig absichern und das verwirklichen, was schon einige hier drin versucht haben. Es ist höchste Zeit dafür, weil der Mietvertrag des KIFF ausläuft. Es ist klar, dass es noch so lange Bestand haben wird, wie die Umsetzung des Neubauprojekts andauert. Wenn das Projekt scheitert, werden im KIFF mittelfristig die Lichter gelöscht. Es muss für alle hier im Saal klar sein, dass es keinen Plan B gibt. Mit diesem Projekt kann das KIFF in die Zukunft gehen. Ohne dieses Projekt hat das KIFF keine Zukunft. Wer also heute nein sagt zu diesem Projekt oder dem Antrag der SVP zustimmt, schreibt das KIFF definitiv ab. Es war von Anfang an der Anspruch des KIFF, ein Projekt für die Zukunft vorzulegen. Darum wurde auch der Projektname KIFF 2.0 gewählt. Er soll zum Ausdruck bringen, dass man all das Schöne und Tolle, welches in



all diesen Jahren im KIFF entstanden ist, bewahren und mitnehmen, aber auch weiterentwickeln und fit für die Zukunft machen möchte. Das vorliegende Projekt wird diesem Anspruch vollends gerecht. Mit dem Neubauprojekt erhält Aarau das grösste Konzerthaus des Mittellands, ein Haus mit überregionaler Strahlkraft. Das neue KIFF wird jährlich rund 70'000 Besucherinnen und Besucher nach Aarau holen. Aber das ist noch nicht alles. Mit den Band- und Proberäumen werden zudem auch angehende Musikerinnen und Musiker aus der Region gefördert. Mit dem Projektraum für visuelle Kunst findet auch auf dieser Ebene eine Kulturförderung statt. Die Nachwuchsförderung wird im KIFF schon heute grossgeschrieben und das wird in Zukunft auch so bleiben. Das KIFF bildet Kulturschaffende aus. Es gibt keine Kulturlehre. Der Umstand, dass man einen Kanal K als Ankermieter gewinnen konnte, schafft nicht nur erhebliche Synergien und kulturellen Output, sondern er sichert auch die Zukunft dieses traditionsreichen Kulturradios ab, weil sich auch der Kanal K die Frage nach der Zukunftssicherung stellen muss. Nicht zu vergessen ist die Kulturbeiz. Sie hat auch tagsüber geöffnet. Sie soll durch ihre niederschwellige Zugänglichkeit dazu führen, dass die Telli endlich einen Quartiertreffpunkt bekommt. Ich bin der Meinung, dass es an der Zeit ist, dass auch die Telli einmal berücksichtigt wird, wenn es um die Frage geht, wo etwas Tolles in unserer Stadt umgesetzt werden soll. Aarau beansprucht, eine Kulturhauptstadt zu sein. Das neue KIFF, wie ich es vorher beschrieben habe, wird zu einem schweizweit einzigartigen Kompetenzzentrum für Populärmusikkultur. Das KIFF bildet schon heute eine perfekte Ergänzung zur Alten Reithalle, weil es eben ein anderes Publikum, ein breiteres Publikum, anspricht. In Zukunft wird die Zielgruppe sogar noch breiter sein. Es werden Menschen im Alter ab 16 bis über 70 Jahren angesprochen. Namentlich die ältere Bevölkerung hat heute wenig vom KIFF und zwar aus dem einfachen und profanen Grund, weil das heutige Haus nicht einmal eine Bestuhlung zulässt. Das Projekt ist sorgfältig und mit ganz viel Herzblut geplant. Es entspricht den Themen wie Nachhaltigkeit, Ansprüche, wie wir sie da in diesem Saal immer stellen. Es wird aber auch für Menschen mit Behinderungen problemlos zugänglich sein, weil eben von Anfang an darauf geachtet worden ist, dass man sich auch mit einer körperlichen Beeinträchtigung ganz ohne Hilfe im ganzen Haus fortbewegen kann. Potenzielle Nutzungskonflikte durch Lärm hatte man schon von Anfang an bei der Architektur im Auge. Die L-Form des Baus wurde bewusst so gewählt, damit eben möglichst wenig Lärm in die Nachbarschaft dringt. Das gleiche gilt für die Zweischaligkeit der Gebäudehülle. Erwähnt werden muss aber auch, dass sich das Telli-Quartier Ost momentan in der Entwicklungsphase befindet. Das KIFF ist an diesem Quartierentwicklungs-Richtplanverfahren beteiligt, sodass es dann auch später zu keinen Konflikten kommt, wenn das Areal dann weiterentwickelt werden soll. Es wurde also auch in dieser Hinsicht viel vorgedacht. Kultur gibt es nicht umsonst. Der Mehrwert kostet immer. Aber die SP ist einstimmig der Meinung, dass sich die Investition in die Zukunft lohnt und dass der erwartete Mehrwert, welcher das KIFF für die Stadt und den Kanton bringen wird, angemessen ist. Dieser Meinung ist auch der Kanton Aargau. Er hat letzte Woche entschieden, sich mit 10 Millionen Franken am Projekt zu beteiligen. Mit dem Thema Bauteuerung hat sich auch unsere Fraktion beschäftigt. Ob es zu Mehrkosten kommt oder nicht ist momentan reines Kaffeesatzlesen. Für die SP ist aber klar, dass sie – wie das übrigens auch bei allen anderen Liegenschaftsprojekten der Stadt ist – bereit ist, allfällige Mehrkosten mitzutragen. Wir sehen diesbezüglich keinen Unterschied zu sonstigen städtischen Projekten. Ich äussere mich noch zum Antrag der SVP. Dieser ist in erster Linie unehrlich. Die SVP weiss genau, dass sich das Projekt nicht realisieren lässt, wenn das KIFF eine Darlehenslast von 6 Millionen Franken tragen müsste. Es wäre ehrlicher gewesen, zum Projekt einfach nein zu sagen. Aber die SVP weiss, dass sie sich mit einer so klaren ablehnenden Haltung keine Freunde in dieser Stadt macht und sich ins Abseits katapultiert. Darum präsentiert man jetzt eine Scheinlösung, welche sich faktisch gar nicht umsetzen lässt. Im Übrigen würde eine solche Lösung auch den Abmachungen mit dem Kanton widersprechen. Es ist nämlich vereinbart, dass sich die Stadt und der Kanton in etwa zur Hälfte am Projekt beteiligen. Nicht vergessen werden darf, dass sich das KIFF auch an diesem Projekt beteiligt. Wenn alle Darlehen eingerechnet werden – man erhält diese ja nicht unentgeltlich – beteiligt sich das KIFF mit 8.8 Millionen Franken am Projekt.



Das macht beinahe 1/3 aus. Nicht eingerechnet sind die tausende von Stunden an Freiwilligenarbeit, welche die Entwicklung dieses Projekts bedingt haben. Christoph Müller jongliert mit Zahlen, dass es mir schwindlig wird. Wir sind der Meinung, dass diese Zahlen kein Fundament haben. Wir haben mit professionellen Leuten zusammengearbeitet. Es gibt Kostenberechnungen. In der städtischen Verwaltung und im Regierungsrat arbeiten auch kompetente Leute. Es braucht keine Horrorszenarien von Christoph Müller. Solche haben für uns keine Basis. Ich hoffe aber, dass dieser Zahlensalat nochmals beigezogen wird, wenn es darum geht, den Steuerfuss festzusetzen. Einige von Ihnen wissen, dass ich seit einigen Jahren Vorstandsmitglied im KIFF bin und auch an der Entwicklung dieses Projektes beteiligt war. Ich werde deshalb nachher bei der Abstimmung selbstverständlich in den Ausstand treten. Noch ein Schlusswort. Die meisten von uns und auch die meisten Aarauerinnen und Aarauer verbindet eine Geschichte mit dem KIFF. Ein Aarau ohne KIFF ist für viele unvorstellbar. So auch für mich. Seien wir deshalb jener Einwohnerrat, welcher dafür sorgt, dass im KIFF auch in den nächsten 70 Jahren noch zahlreiche Geschichten geschrieben werden und Erinnerungen entstehen.

Stefan Zubler, Mitglied: Auch unsere Fraktion hat sich lange und intensiv mit diesem Geschäft auseinandergesetzt. Nebst der genannten Informationsveranstaltung für den Einwohnerrat haben wir auch noch einen separaten Austausch mit den Vertretern des KIFF in Anspruch nehmen dürfen. Dafür möchten wir uns noch einmal ganz herzlich bedanken. Für die FDP-Fraktion ist grundsätzlich unbestritten, dass das KIFF für die Stadt Aarau und auch für die Region eine wichtige Institution ist. Ein Verlust des KIFF wäre ein weiterer harter Schlag für die Stadt und für das Nachtleben in Aarau. Beim Studieren der Unterlagen läuteten dann aber doch verschiedene Alarmglocken. Das Projekt ist schon jetzt – vor Berücksichtigung einer allfälligen Inflation – wesentlich teurer als die einst angestrebten 25 Millionen Franken. Aussagen wie, weitere Einsparungen sind völlig unmöglich oder das Projekt ist die einzige Lösung, ansonsten gibt es das KIFF nicht mehr, geben kein wirklich gutes Gefühl mit auf den Weg. Aus unserer Sicht ist klar, dass eine allfällige Verteuerung des Projekts auch durch höhere Eigenmittel des Vereins oder durch Redimensionierungen aufgefangen werden muss. Abgesehen vom finanziellen Aspekt gibt es am Projekt eigentlich nicht viel auszusetzen. Die heutigen Einschränkungen durch die marode und nicht für Events konzipierte Infrastruktur sind uns bekannt. In Verbindung mit einem grösseren Saal wird die Attraktivität für Besucher, aber auch für Künstler, massiv gesteigert. Zusammen mit dem Radio Kanal K können hoffentlich Synergien genutzt werden, welche das KIFF als Kompetenzzentrum für Populärmusik erstrahlen lassen. Das ausgebaute Gastrokonzept macht das neue KIFF auch ausserhalb der stattfindenden Events attraktiv und verbessert gleichzeitig das Event-Erlebnis. Wie wichtig der Gastrobereich für den Businessplan ist, sieht man in der Botschaft. Man darf aber nicht vergessen, dass ein Gastrobetrieb in dieser Grösse auch wesentliche Risiken mit sich bringt. Auch die Konzipierung des Gebäudes erscheint uns sehr gut überlegt. Es wird grossen Wert auf den Schallschutz gelegt und offene Bereiche richten sich gegen die weniger lärmsensitiven Gewerbebetriebe. Wir hoffen, dass damit späteren Streitigkeiten wegen Lärm vorgebeugt werden kann, wenn sich das Gebiet Telli Ost immer mehr von einem Industriegebiet in ein gemischt genutztes Areal transformiert. Wir mussten in Aarau ja leider auch schon feststellen, dass es dann plötzlich teilweise keine Rolle mehr spielt, wer zuerst dort gewesen ist. Stichwort Rasenmäher Brugglifeld. Für die FDP-Fraktion ist heute hinsichtlich der Volksabstimmung wichtig, dass man die Fakten beim Namen nennt und dass man sich bewusst ist, was eine Zustimmung zu diesem Geschäft bedeuten wird. Der heute diskutierte Verpflichtungskredit von 9 Millionen Franken, plus die bereits gesprochenen rund 1 Million Franken werden in der Bilanz der Stadt Aarau aktiviert und über 35 Jahre abgeschrieben. Das löst jährliche Abschreibungen von rund 290'000 Franken aus, welche die Erfolgsrechnung der Stadt Aarau belasten werden. Das heisst, dass bei einer Zustimmung der städtische Betriebskostenbeitrag von heute 381'000 Franken für das KIFF für die nächsten 35 Jahre so gut wie verdoppelt wird. Dazu kommt ein zinsloses Darlehen von bis zu 3 Millionen Franken, welches über 70 Jahre



amortisiert werden kann. Die Stadt Aarau realisiert im Anlagefonds eine durchschnittliche Rendite von 3 Prozent. Wenn man die zukünftigen Darlehensrückzahlungen in den Jahren 10 bis 70 auf den heutigen Wert diskontiert, kommt man auf rund 1 Million Franken, welche die Rückzahlung eigentlich Wert ist. Das bedeutet, dass Zweidrittel des Darlehens quasi auch à fonds-perdu geleistet wurden. Wenn die, auf den ersten Blick nicht sichtbaren Kosten dazu gerechnet werden, bewegen wir uns bei der zukünftigen Eigenfinanzierung des KIFF eher bei 70 Prozent und nicht bei den angestrebten 78 Prozent, wie in der Botschaft aufgeführt wird. Und so kommen wir zum wesentlichen Punkt, welchen wir dem Team des KIFFs auf den Weg geben möchten. Sobald die Amortisationspflicht des städtischen Darlehens einsetzt, müssen im Schnitt etwa 50'000 Franken pro Jahr zurückbezahlt werden. Dazu kommt noch das Darlehen der AKB. Ich gehe einmal davon aus, dass dieses nicht ganz so grosszügig ausfällt, wie dasjenige der Stadt. Wie die Rückzahlungen finanziert werden sollen, geht aus dem Businessplan nicht wirklich hervor. Es ist grundsätzlich positiv, dass im Businessplan konservativ gerechnet wird, Das wurde von den Experten bestätigt. Es wird trotzdem eine schwarze 0 erreicht. Wir wünschen den Verantwortlichen aber den Mut und vor allem auch den Willen, einen ambitionierteren Businessplan anzustreben. Der zukünftige Betrieb sollte mindestens so ambitioniert sein, wie das Bauprojekt, welches vor uns liegt. Wir sprechen hier von einer absoluten Top-Infrastruktur mit sehr viel Potenzial. Ein Kofmehl in Solothurn, welches nur 10 Monate im Jahr in Betrieb ist, lockt beinahe 100'000 Besucher pro Jahr an. Wieso man sich im neuen KIFF mit etwa 30 Prozent weniger zufrieden gibt, können wir nicht nachvollziehen. Ein bisschen mehr Ambitionen und vielleicht halt auch ein bisschen mehr Kommerz ist aus unserer Sicht also notwendig, um einerseits den finanziellen Verpflichtungen nachkommen, aber andererseits auch, um dem grossen Projekt gerecht werden zu können. Wir wünschen den Verantwortlichen dabei viel Erfolg und Durchhaltewillen und werden das Projekt einstimmig unterstützen. Den Antrag der SVP werden wir nicht unterstützen. Wenn eine effektive Teuerung eintreten sollte, wird das Problem dadurch nicht gelöst. Dann müsste man allgemein über die Bücher und andere Massnahmen beschliessen.

Fabio Mazzara, Mitglied: Im Namen der Fraktionen Pro Aarau und EVP/EW sowie GLP und Die Mitte möchte ich mich bei den Leuten des KIFF bedanken. Einerseits für die detailreichen Informationen zum Bauprojekt in elektronischer Form, an der Informationsveranstaltung, sowie anlässlich unserer gemeinsamen Fraktionssitzung. Andererseits für das aktuelle Engagement für das Kiff 2.0 und dasjenige der letzten 31 Jahre. Viele von uns verbinden mit dem KIFF tolle Erinnerungen und es war in dieser Zeitspanne auch ein prägender Ort für Popkultur im Kanton Aargau. Wir können glücklich und stolz sein, dass sich dieser Ort in unserer Stadt befindet. Für uns steht grundsätzlich der Bedarf nicht in Frage. Das aktuelle Gebäude befindet sich in einem schlechten Zustand und es ist sinnvoll, jetzt einen Neubau für uns und die kommenden Generationen zu bauen. Die Idee, einen grossen Saal mit 1000 Personen mit 2 Galerien zu planen, finden wir bestechend. Bei ausverkauftem Haus ist das Publikum kompakt und nahe an der Bühne. Bei kleineren Veranstaltungen lässt es sich – mit dem Verzicht auf den Balkon- auch bei weniger Publikum recht gut besucht anfühlen. Weiter scheint uns, dass an alles gedacht worden ist. Ein Restaurationsbetrieb, welcher für das Quartier und die vielen nahen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer interessant sein kann, eine schalloptimierte Gebäudehülle für die Anwohnerinnen und Anwohner, eine externe Plausibilisierung des Betriebskonzepts, Massnahmen zur Hindernisfreiheit und auch verschiedene ökologische Aspekte. Ebenfalls erfreulich finden wir, dass es mit den Kunstprojekt- und den Bandräumen sowie dem Kanal K Platz für kulturelle Drittnutzungen gibt. Diesbezüglich gab es bei uns sogar Stimmen, wonach die Räume für Kunstschauffende zu knapp bemessen seien. Weitere Flächen sind bei der Redimensionierung weggefallen, weil dies die KIFF-Crew aus Kostengründen so umsetzen mussten. Wir finden das schade, den Umständen geschuldet, aber verständlich. Generell ist bei uns der Eindruck entstanden, dass durch die Redimensionierung und das Darlehen von 3 Millionen Franken, welches sich das KIFF à fonds-perdu gewünscht hat, jetzt eine Botschaft vorliegt,



welche verhandelt wurde und nicht einfach blind die Wünsche des KIFF abbildet. Das ist aus unserer Sicht auch gut so. Gerade mit dem Darlehen hat das KIFF ein ureigenes Interesse, dass der Bau und die Ausstattung so günstig wie möglich ausfallen werden. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, einer solch wichtigen Institution, wie dem KIFF, für die kommenden Jahrzehnte zu einem neuen Zuhause zu verhelfen. Das vorliegende Projekt erscheint uns gut durchdacht. Es ist nicht billig, wir wollen aber auch kein billiges KIFF. Wir wünschen uns ein gutes KIFF. Deshalb werden die Mitglieder der Fraktionen Pro Aarau, EVP/EW sowie die GLP und Die Mitte dem Kredit und dem Darlehen einstimmig zustimmen. Den Abänderungsantrag der SVP werden wir nicht unterstützen. Ich finde diesen auch nicht ganz ehrlich. Wenn die prognostizierten dramatischen Zahlen tatsächlich eintreffen sollten, müsste man eigentlich ganz anders vorgehen. Man müsste dem KIFF einen viel höheren Kredit geben, oder das ganze Projekt beenden.

Suzanne Marclay-Merz, Stadträtin: Ich möchte Ihnen für die sehr positive oder grossmehrerheitlich positive Aufnahme dieser Botschaft und der Vorlage des Stadtrates danken. Das KIFF hat für die Stadt, für die Region, für die Grossregion und weiter darüber hinaus Ausstrahlungskraft. Es ist ein Kulturleuchtturm, nicht nur für unsere Stadt, sondern für den ganzen Kanton. Das zeigt sich auch darin, dass der Kanton 10 Millionen Franken für das KIFF gesprochen hat. Der Stadtrat steht hinter dem Projekt, steht hinter dem KIFF und glaubt auch daran, dass das KIFF den Sprung zum KIFF 2.0, wie vorgesehen mit dem massgebenden hohen Beitrag durch die Stadt, schaffen kann. Den Antrag der SVP lehnt der Stadtrat ab. Wir sind der Meinung, die aufgezeigten Probleme oder die Herausforderungen mit einer Bauteuerung sind mit diesem Antrag nicht adressiert. Es würde vielmehr zu einer Mehrbelastung des KIFF mit insgesamt 8 Millionen Franken Fremdkapital führen, welche durch das aktuelle Betriebskonzept nicht gedeckt wären. Das wäre nicht verantwortungsvoll, auch wenn das Betriebskonzept, wie durch die externe Prüfung bestätigt und durch die Bank dargelegt, konservativ gerechnet ist. Ich danke nochmals für die sehr gute Aufnahme und möchte am Antrag des Stadtrates festhalten, den Verpflichtungskredit von 9 Mio. Franken und das Darlehen von maximal 3 Mio. Franken zu sprechen. Die Investitionen erfolgen natürlich unter Vorbehalt der vollständigen Sicherstellung der Finanzierung des Projekts. Das ist im Antrag nicht festgehalten, ist aber ein Teil der Botschaft. Es ist natürlich selbstverständlich, dass die Finanzierung vor Baubeginn sichergestellt werden muss. Damit sollten auch die grossen Bedenken in Bezug auf eine potenzielle Bauteuerung adressiert sein. Zurückblickend in die Vergangenheit schliessen die städtischen Bauprojekte häufig mit einem Negativsaldo ab. Auch diese unterliegen immer wieder der Bauteuerung. Man hat diese bis jetzt nicht so stark gespürt, wie sie eigentlich eintreffen sollte. Wir wissen heute nicht, was im Zeitpunkt des Baus Tatsache ist. Aber wir werden das sicher sorgfältig begleiten und anschauen.

Christian Oehler, Präsident: Wenn keine weiteren Voten und Rückmeldungen mehr bestehen, gelangen wir zu den Abstimmungen. Nicola Müller bitte ich, die Abstimmungsanlage nicht zu benützen. Den Saal muss er hingegen nicht verlassen.



Abstimmungen

Abänderungsantrag SVP

Der Abänderungsantrag der SVP

Der Einwohnerrat heisst einen Verpflichtungskredit von 6'000'000 Franken sowie ein Darlehen von maximal 6'000'000 Franken für den Neubau KIFF auf dem Kunath-Areal in der Telli gut

wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat heisst einen Verpflichtungskredit von 9'000'000 Franken sowie ein Darlehen von maximal 3'000'000 Franken für den Neubau KIFF auf dem Kunath-Areal in der Telli gut.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. g der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.



Traktandum 8
GV 2022 – 2025 / 48

Einführung Arbeitsbereich "Frühe Kindheit" innerhalb der Sozialen Dienste

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 27. Juni 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt einen Verpflichtungskredit zur Verstetigung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 778'000 Franken.

Dazu liegt folgender

Abänderungsantrag der FDP vor:

Der Einwohnerrat bewilligt einen Verpflichtungskredit zur Verstetigung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 608'000 Franken.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, dann die Erläuterung durch die Antragssteller, die Diskussion im Rat, allfällige Stellungnahme des Stadtrates und am Schluss erfolgt die Abstimmung. Ich übergebe das Wort an Susanne Klaus von der FGPK.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 10. August das Geschäft intensiv diskutiert. Als Auskunftsperson standen uns Stadträtin Franziska Graf-Bruppacher und Mina Najdl, Projektleiterin Kind und Familien, zur Verfügung. Einleitend haben die Auskunftspersonen festgehalten, dass das vorliegende Geschäft auf dem Projekt Frühe Kindheit basiert. Dieses Projekt läuft Ende 2022 aus. Der Stadtrat möchte das auslaufende Projekt verstetigen. Den Arbeitsbereich Frühe Kindheit bietet die Stadt freiwillig an. Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung dazu. Aufgrund der wiederkehrenden Kosten braucht es für die Einführung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit eine Volksabstimmung. Die Auskunftspersonen haben uns weiter mitgeteilt, dass im Jahr 2019 eine umfassende Strategie Frühe Kindheit entwickelt wurde. 2020 ist dann ein Umsetzungskonzept entstanden, welches 2021 und 2022 umgesetzt wurde. Es hat auch bereits eine Evaluation stattgefunden. Dabei hat man Eltern, welche das Angebot nutzen, sowie Fachpersonen befragt. Zusätzlich hat man eine externe Evaluation durchgeführt. Das Projekt Frühe Kindheit ist zuständig für Kinder von der Geburt an bis zum vierten Altersjahr. Bis heute ist die Zuständigkeit für die Bedürfnisse dieser Altersgruppe nicht geregelt. Weiter haben uns die Auskunftspersonen mitgeteilt, dass eine Umfrage bei Eltern mit Kindern in diesem Alterssegment zeigt, dass vor allem ein niederschwelliges Begegnungs- und Gruppenangebot gewünscht ist. Einerseits soll es darum gehen, die Anliegen der Kinder zu vertreten und sich zu vernetzen und andererseits bedürfnisgerechte Angebote zu vermitteln. Es geht nicht primär darum, neue Angebote oder Kurse zu schaffen, sondern auf bestehende hinzuweisen. Der Zugang zum Familienzentrum soll niederschwellig funktionieren. Die Auskunftspersonen sind überzeugt, dass damit in dieser Alterskategorie ein guter Querschnitt der Bevölkerung erreicht werden kann. Auch Familien in schwierigen Situationen können so erreicht werden. Mit den Familienlotsinnen und -lotsen stehen zusätzliche Ressourcen für belastete Familien zur Verfügung. Diese Rolle ist bereits aufgebaut. Die Auskunftspersonen teilen uns mit, dass man zuerst die bestehenden Projektressourcen verstetigen wollte. Durch das Angebot der Axa, in der Telli kostenlos Räume zur Verfügung zu stellen mit dem Auftrag, diese, analog zum Scheibenschachen als Familienzentrum anzubieten, hat sich der Stadtrat dazu entschieden, die Ressourcen zu erweitern. Aus der FGPK wurde



die Frage gestellt, was die Ablehnung des Antrags für das Angebot bedeuten würde. Die Auskunftspersonen haben uns mitgeteilt, dass es dann kein Angebot mehr geben würde. Eine Verschiebung von Ressourcen aus anderen Bereichen, zum Beispiel Kinder- und Jugendförderung, ist nicht möglich und entspricht auch nicht der Bestellung des Einwohnerrates. Zudem sind im Bereich Frühe Förderung andere Kompetenzen, als zum Beispiel bei der Jugendarbeit, gefragt. Aus der Mitte der FGPK wird festgehalten, dass die Frühe Förderung wichtig ist und dadurch Probleme in späteren Lebensphasen vermieden werden können. Die Auskunftspersonen erwähnen, dass auch die Integration für werdende Eltern schwierig ist. Durch eine Schwangerschaft verändert sich das Beziehungsnetz meistens und somit sind alle Bevölkerungsschichten vom Projekt Frühe Förderung betroffen. Die Kommission möchte wissen, wie die Eltern kontaktiert werden, ob es auch andere Städte und Gemeinden mit solchen Angeboten gibt und ob man mit diesen in Kontakt steht. Die Auskunftspersonen erklären, dass die Eltern von neugeborenen Kindern angeschrieben, auf das Angebot aufmerksam und zum Mittagstisch eingeladen werden. Auch auf der Webseite der Stadt findet man zahlreiche Informationen. Im Weiteren entstehen Kontakte über Fachpersonen und andere involvierte Personen im Kinderbereich. Die Stadt Aarau hat in der Phase der Strategiearbeit bei anderen Gemeinden nachgefragt und Erhebungen gemacht. Als Fazit ist festgestellt worden, dass grössere Kantonshauptstädte entsprechende Angebote anbieten. Auch Städte, wie Aarau, beginnen, entsprechende Angebote zu schaffen. Die Gemeinden haben in den letzten 10 Jahren realisiert, dass ein solches Angebot wichtig ist. Im Kanton Aargau gibt es auch schon Gemeinden mit entsprechenden Angeboten. Aarau wird aber schweizweit ein Pionierprojekt sein. Bei der Beratung der Botschaft möchte die Kommission wissen, ob das Angebot in allen Quartieren benötigt wird. Die Auskunftspersonen erklären, dass alle Quartiere gerne einen Treffpunkt hätten, eine dezentrale Organisation aber Sinn macht. Es sei wichtig, dass die Wege für die Familien kurz sind. Dazu macht es Sinn, die entsprechenden Schulkreisangebote zu schaffen, weil sich die Kinder auch später in diesen Quartieren bewegen. Für zusätzliche Familiencenter wären aber zusätzliche Mittel nötig. Diese müssten vom Einwohnerrat bewilligt werden. Zur Standortbestimmung Qualitätssteuerung und Spielgruppe wollte die Kommission wissen, ob im Zusammenhang mit der Spielgruppe auch das Thema "Kinder mit besonderen Bedürfnissen" besprochen wird. Die Auskunftspersonen halten fest, dass man sich in Bezug auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen zuerst auf die Kitas konzentrieren möchte. In einem zweiten Schritt möchte man dann auch die Spielgruppen kontaktieren. Zusammenfassend hat die FGPK das Geschäft grundsätzlich positiv gewürdigt. Es wird unter anderem festgehalten, dass die Frühe Förderung den Grundstein für die Zukunft der Kinder legt. Es wurden Bedenken angesprochen, weil die Frühe Förderung ein freiwilliges Angebot ohne gesetzliche Grundlage ist, wofür jetzt 4 Stellen geschaffen werden und dadurch wiederkehrende Kosten entstehen. Zudem ist ein künftiger Ausbau des Angebots wahrscheinlich. Aus der der FGPK wird begrüsst, dass es eine Volksabstimmung gibt. Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme, den Verpflichtungskredit zur Verstetigung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 778'000 Franken zu bewilligen.

Matthias Zinniker, Mitglied: Die FDP-Fraktion hat zu diesem Geschäft einen Abänderungsantrag gestellt, wonach der Verpflichtungskredit um 170'000 Franken gekürzt werden und somit neu jährlich 608'000 Franken betragen soll. Ich erläutere gerne, was zu diesem Antrag geführt hat und wie wir diesen begründen. Es ist für uns erwiesen und unbestritten, dass eine gewisse Begleitung von Kindern ab Geburt durch externe Personen, durch Fachpersonen, sinnvoll ist, langfristig präventive Wirkung zeigt und so Probleme zu einem späteren Zeitpunkt vermieden werden können. Wir anerkennen auch das Engagement der Stadt Aarau im Bereich Frühe Kindheit, sowohl die Strategie von 2019 als auch die Testphase im letzten Jahr. Auf der anderen Seite möchten wir auch betonen, dass die externe Begleitung von Kindern und ihren Bezugspersonen nicht zwingend staatlich organisiert



sein muss. Das Engagement der Stadt ist absolut freiwillig. Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung dazu und andere Städte von vergleichbarer Grösse kennen ein solches Angebot nur ansatzweise. Zudem sind die Familienzentren ein Bereich des städtischen Angebots und die frühkindlichen Begleitungsmöglichkeiten generell auch nicht etwas vollkommen Neues in Aarau. Es gibt bereits andere Beratungs- und Unterstützungsangebote im Kleinkindalter. Diese sind zwar nicht in jeder Hinsicht deckungsgleich, aber ermöglichen doch eine ähnliche Begleitung. Es ist also nicht so, dass die diversen geplanten Tätigkeiten der Stadt in einem luftleeren Raum stehen, beziehungsweise ein Vakuum füllen müssen, sondern zu den bestehenden Angeboten dazukommen. Wir anerkennen, dass das Familienzentrum im Zwinglihaus, welches während der Testphase betrieben wurde, offenbar nicht schlecht angelaufen ist und dass ein gewisser Bedarf und eine gewisse Nachfrage vorhanden sind, ohne dass jetzt aber das Zentrum schon völlig ausgelastet wäre. Andere städtische Angebote hingegen sind während der Testphase noch auf wenig Gehör gestossen, namentlich die Familienlotsinnen und Familienlotsen. Gemäss Jahresbericht 2021 wurden in diesem Jahr gerade einmal 3 Familien begleitet. Der Zielwert wäre bei 30 gewesen. Trotzdem soll auch dieses Angebot gemäss Antrag des Stadtrates weitergeführt werden. Das ist für uns in Ordnung. Es braucht sicher eine gewisse Anlaufzeit. Die Testphase dauerte nicht allzu lange. Es zeigt aber auch, wie wichtig es ist, auch nach Abschluss der Testphase die weiteren Entwicklungen der Nachfrage zu beobachten und das Angebot nicht einfach nach vordefinierten Schemen zu vergrössern. Es soll eruiert werden, was wir weiterführen sollen, was reduziert werden muss, weil kaum Bedarf besteht und was eingestellt werden muss, weil kein Bedürfnis vorhanden ist. Und so sind wir von der FDP zum Schluss gekommen, dass wir uns eine Verstetigung des Arbeitsbereichs Früher Kindheit vorstellen können, aber nicht jede beliebige Erweiterung. Eine Verstetigung im bisherigen Umfang mit einem Familienzentrum, unabhängig davon, wo dieses betrieben wird. Gerade auch, weil es ein freiwilliges Engagement der Stadt ist, sollen nicht beliebig Stellen geschaffen und Gelder verwendet werden, ohne Rücksicht auf die Nachfrage. Wir schlagen daher ein Zentrum in einer ersten Umsetzungsphase vor, was nicht heissen will, dass dies für die nächsten 20 Jahre so bleiben soll. Wir erachten es aber als sinnvoll, in einer ersten Phase am ursprünglichen Plan des Stadtrates – eine Verstetigung eines Zentrums – festzuhalten und die weiteren Entwicklungen anhand der Nachfrage zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren. Ich möchte weiter auf die geplante Koordinationsarbeit eingehen. Der Stadtrat schreibt in seiner Botschaft, dass im Frühkindalter ein Akteur zur Koordination der verschiedenen Player im Bereich Gesundheit, Sozial- und Bildungswesen, fehlt. Dies zeigt sich anders, wenn die Kinder schon das Kindergarten- oder Schulalter erreicht haben. Wir sind mit dieser Einschätzung einverstanden, denn damit kann die Stadt in der Tat die Funktion eines Lückenfüllers übernehmen. Der Stadtrat beantragt ganze 100 Stellenprozent für die Arbeit auf Koordinationsebene. Das ist relativ viel und bedeutet bereits eine Aufstockung im Vergleich zur Testphase, in welcher für die Koordination 75 Stellenprozent eingesetzt wurden. Die FDP kann dem aber zustimmen, weil wir in der Vernetzung von Angeboten und Fachpersonen einen wichtigen Beitrag der Stadt sehen, um eben auch die privaten Angebote bekannter zu machen und zu vernetzen. Vielleicht entstehen auch neue private Angebote, welche genauso gut sind. Auch deshalb soll vorerst weiterhin nur ein Familienzentrum betrieben werden, um die Entwicklung dieser Nachfrage und die Entwicklung weiterer Angebote auf privater Ebene vor dem Hintergrund dieser Koordinationsleistung beobachten zu können. Bestätigt in diesem Vorschlag und in dieser Haltung wurde ich auch, als ich in der Aktenaufgabe erfuhr, was diesbezüglich mittelfristig geplant ist. Ab 2024/2025 sollen schon Familienzentren an diversen zusätzlichen Orten geplant werden. Gemäss Bericht per Mai 2022 sind bereits schon mögliche Standorte im Quartier Aarau Süd und Aarau Rohr etc. aufgeführt. Das sind für mich Hinweise, dass zu wenig analysiert wird. In erster Linie, ob, und wenn ja, welcher Bedarf besteht und im Weiteren, ob das Angebot überhaupt von diesen Familien genutzt wird, welche auf die staatlichen Unterstützungsleistungen angewiesen sind und die Zentren somit auch ihre Präventionsfunktion erfüllen können. Natürlich wünscht sich jeder, der das Familienzentrum besuchen möchte,



dass sich dieses möglichst nahe des eigenen Wohnorts befindet, was jedoch auch für andere Infrastrukturen gilt. Man muss aber auch sehen, dass die Mehrheit der Familien, welche das Zwinglihaus besucht haben, nicht im Quartier Aare Nord wohnen. Man hat schliesslich auch in Aarau ein gutes Strassennetz und einen funktionierenden ÖV. Dass prozentual am meisten Familien gleichwohl aus Aarau Nord gekommen sind, ist keine Überraschung. Wenn man beinahe täglich am Zwinglihaus vorbeiläuft, ist man eher geneigt, das Angebot einmal auszuprobieren. Aber auch diesbezüglich kann man durch Werbung und durch entsprechende Arbeit dieser aufgestockten Koordinationsstelle bewirken, dass jede Familie bei Bedarf mit dem Familienzentrum in Kontakt treten kann. Die FDP anerkennt den Mehrwert des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit generell und im speziellen des Familienzentrums. Mit unserem Abänderungsantrag möchten wir erreichen, dass das Angebot organisch im Gleichschritt mit der Nachfrage wächst. Deshalb möchte ich beliebt machen, unseren Antrag zu unterstützen.

Urs Winzenried, Mitglied: Der Stadtrat und die FDP-Fraktion in leicht abgeschwächter Form wollen inskünftig jährlich beträchtliche Summen im Arbeitsbereich Frühe Kindheit ausgeben. Vorweg möchte ich erwähnen, dass die SVP-Fraktion sowohl den vom Stadtrat beantragten Verpflichtungskredit über 778'000 Franken wie auch den Abänderungsantrag der FDP mit einer Kürzung um 170'000 Franken auf immer noch 608'000 Franken ablehnt. Den Antrag des Stadtrates lehnen wir einstimmig ab. Den Antrag der FDP grossmehrheitlich. Ich nehme gleich zu beiden Anträgen Stellung. Die Gründe für die Ablehnung sind in beiden Fällen identisch. Der Bund, der Kanton und die Stadt investieren seit jeher in die Kinder und in die Jugend. Das ist nichts Neues. Es geht nun einfach darum, ob mehr investiert werden und dadurch ein spürbarer Mehrwert entstehen soll. Jedes staatliche Engagement ist immer zwingend eine Frage der Notwendigkeit, aber auch des Masses. In einer liberalen Demokratie gilt nach wie vor der Grundsatz: "So viel Staat wie nötig, aber so wenig Staat wie möglich". Mit dem Projekt Frühe Kindheit will der Stadtrat neu auf freiwilliger Basis, ohne gesetzliche Grundlage und ohne gesetzlichen Auftrag, definitiv einen fixen Arbeitsbereich innerhalb der Sozialen Dienste einführen und damit das erarbeitete Konzept verfestigen und personell alimentieren. Geplant sind 7 Massnahmen. Wir haben bereits gehört, um welche Massnahmen es sich handelt. Insbesondere geht es um die Familienzentren, welche realisiert werden sollen, um die Familienlotsinnen und Familienlotsen und die Koordinationsstelle. Der Stadtrat beantragt eine beachtliche Summe von 778'000 Franken, jährlich wiederkehrend. Die FDP verlangt unter Berücksichtigung des Kürzungsantrages immer noch einen Betrag von 608'000 Franken. Es handelt sich dabei um viel Geld von den Steuerzahlern. Der geplante Arbeitsbereich ist ja eine neue Aufgabe und übersteigt 300'000 Franken. Deshalb ist eine Volksabstimmung erforderlich. Die SVP-Fraktion begrüsst ausdrücklich die erforderliche Volksabstimmung. Der Stimmbürger soll dazu das letzte Wort haben. Folgende Gründe sind für die SVP-Fraktion für die Ablehnung massgebend und zwar identisch für den Antrag Stadtrat oder Antrag FDP. Der Stadtrat und die FDP wollen eine freiwillige Aufgabe ohne gesetzliche Verpflichtung verfestigen und dafür Steuergelder in einem grossen Ausmass einsetzen. Ich wiederhole die Zahlen nicht noch einmal. Das Geld soll vor allem für mehr Personalressourcen eingesetzt werden. Die SVP lehnt die Schaffung von neuen zusätzlichen Stellen in der Stadt ab. Ohne ausgewiesene Notwendigkeit darf der Personalbestand in keinem Aufgabenbereich weiter erhöht werden oder neue Aufgabenbereiche geschaffen werden. Umlagerungen von bestehenden Personalressourcen werden offenbar als nicht möglich betrachtet. Wir sehen innerhalb der SVP keine zwingende Notwendigkeit und auch keinen dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich. Die Frage sei erlaubt, ob es in Aarau keine wichtigeren sozialen Engagements gibt, welche man finanziell unterstützen sollte. Zielgruppen sind nicht ältere Kinder oder Jugendliche, sondern Kinder zwischen 0 und 4 Jahren und offenbar noch mehr die Bezugspersonen dieser Kleinstkinder. Was brauchen Kinder zwischen 0 und 4 Jahren? Brauchen sie staatliche Betreuungsunterstützung? Brauchen sie nicht eher die Liebe und die Zuwen-



derung der Eltern oder von anderen nahestehenden Personen? Sind die Eltern und andere nahestehenden Bezugspersonen in der heutigen Zeit nicht mehr in der Lage oder nicht Willens, für ihre Kleinen zu sorgen? Sind Sie überfordert und setzen sie einfach andere Prioritäten? Braucht es jetzt wirklich in diesem Bereich massive zusätzliche, staatliche Unterstützung? Auf privater Basis bestehen schon heute verschiedene Angebote und Möglichkeiten, welche man vielleicht noch vermehrt nutzen sollte. Namentlich Mütter- und Väterberatung, Elternverein, kirchliche Angebote etc. Diesen Punkt erwähnt ja auch die FDP in ihrem Antrag, plädiert aber trotzdem für ein zusätzliches staatliches Engagement. Wenn das Projekt zustande kommt, wird der Stadtrat Werbung für die neuen Angebote machen. Wir wissen doch alle, dass Werbung Nachfrage erzeugt und auch die Anspruchshaltung fördert. Damit wird die Legitimation für die Verwendung von weiteren staatlichen Mitteln gegeben. Geplant ist also ein weiterer Ausbau unseres Sozialstaates. Die Stadt Aarau muss trotz guter Finanzlage auch inskünftig haushälterisch mit den finanziellen Mitteln umgehen. Das wird von allen Steuerzahlern erwartet, mindestens von denjenigen, die auch Steuern bezahlen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Projekt Frühe Kindheit mit Garantie zu erheblichen, wiederkehrenden Folgekosten führen wird. Es wird nicht bei diesen 778'000 Franken bleiben. Weitere Familienzentren werden gefordert, vorteilhafterweise für jedes Quartier. Weitere Familienlotsen und Familienlotsinnen werden notwendig werden und auch der Ausbau der Koordinationsstelle wird nicht zu umgehen sein. Wir haben auch gehört, dass andere vergleichbare Städte kein solches Angebot oder allenfalls nur ansatzweise in Betracht ziehen. Aarau möchte mit diesem Projekt gesamtschweizerisch, mindestens aber im Kanton, einmal mehr eine Pionierrolle übernehmen. Das ist weder notwendig noch wünschbar. Die SVP-Fraktion lehnt den Abänderungsantrag der FDP grossmehrheitlich und den Antrag des Stadtrates einstimmig ab.

Lea Naon, Mitglied: Die Fraktionsgemeinschaft von GLP/Die Mitte und EVP/Pro Aarau befürwortet die Verstärkung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit beinahe einstimmig. Die Frühe Kindheit ist für die körperliche, psychische und soziale Entwicklung eines Menschen prägend und sie beeinflusst die Gesundheit ein Leben lang. Auch in der Fachwelt steigt das Bewusstsein, wie wichtig es ist, Familien mit kleinen Kindern mit einer guten Grundversorgung im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen zu unterstützen. Den Ausdruck "Frühe Kindheit" kann man vielleicht ein wenig missverstehen. Es geht hier nämlich nicht um Leistungsförderung schon im frühen Kindesalter. Ich war ein paarmal mit meiner kleinen Tochter in einem solchen Eltern-Kind-Treffen im Zwinglihaus. Ich kann also versichern, dass meine Tochter dabei nie frühchinesisch büffeln und auch keine sportlichen Höchstleistungen erbringen musste. Es handelt sich um einen Raum mit kleinkinderfreundlicher Spielumgebung, wo die Kinder dazu angehalten sind, frei zu spielen, verschiedene Gegenstände und Materialien zu erforschen, miteinander zu interagieren und auch voneinander zu lernen. Es geht bei diesem gesamten Programm also weniger um Leistung, als vielmehr um Gesundheitsförderung, Integration und Prävention. Dadurch werden längerfristig Kosten im Gesundheits-, Sozial- und Strafrechtswesen eingespart. Es ist erwiesen, je früher Bildungsmassnahmen erfolgen, desto mehr gesellschaftlicher Ertrag kann damit erzielt werden. Eine Investition in die Förderung der Frühen Kindheit kann man aus diesem Grund also auch aus wirtschaftlicher Perspektive als sehr lohnenswert betrachten. Die Frühe Förderung trägt insbesondere auch zu mehr Chancengleichheit bei. Beim Eintritt in den Kindergarten sind die Unterschiede in den motorischen, sprachlichen, kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen bei den Kindern riesig und Rückstände können erfahrungsgemäss während der ganzen Schulzeit beinahe nicht mehr aufgeholt werden. Deshalb ist es sehr wichtig, schon vor dem Schuleintritt eine möglichst gute Entwicklung in allen Bereichen zu unterstützen und damit für optimale Startbedingungen zu sorgen. Dadurch werden auch die Schulen entlastet. Der zeitliche, personelle und finanzielle Aufwand für die Förderung von Kindern mit Entwicklungsrückständen und für weitere sonderpädagogischen Massnahmen wird verringert. Die im Pilotprojekt bereits erprobten und bewährten El-



tern-Kind-Treff sind ausserdem nicht nur für die Kinder wichtig, sondern auch für die Eltern. Nicht deshalb, weil sie ihre Kinder zu wenig lieben, wie dies von Urs Winzerried vorher in seinem Votum moniert wurde. Ich habe aus eigener Erfahrung gelernt, wie wertvoll es ist, sich mit anderen Eltern im gleichen Lebensabschnitt vernetzen und Erfahrungen austauschen zu können. Insbesondere für solche Eltern, welche, wie ich, nicht in Aarau aufgewachsen sind und nicht über ein riesengrosses Netzwerk in der näheren Umgebung verfügen. Ich konnte über das Eltern-Kind-Zentrum wertvolle Freundschaften schliessen, welche ich auch privat weiterpflege. Es gibt unseren Kindern die Möglichkeit, sich zusammen weiterzuentwickeln. Ausserdem habe ich die Erfahrung gemacht, dass sich der eigene Bewegungsradius mit kleinen Kindern erschreckend stark verkleinert. Ich wohne sozusagen neben dem Zwinglihaus. Trotzdem kann der 300 Meter Spaziergang ganze 30 Minuten in Anspruch nehmen. Ich würde auch das Velo nehmen, aber das würde von meiner kleinen Begleitung nicht immer gleichermassen akzeptiert. Genau deshalb ist es eben so zentral, dass solche Familienzentren in den Quartieren bei der Familie sind. Das Angebot fördert die Integration in die kommunale Gesellschaft auf eine sehr niederschwellige und bevölkerungsnaher Art und Weise. Auch aus diesem Grund findet der Änderungsantrag der FDP in unserer Fraktionsgemeinschaft grossmehrheitlich keine Zustimmung. Zwar befindet sich der geplante zweite Standort für den Eltern-Kind-Treff in der Telli relativ nahe am ersten im Zwinglihaus und deshalb sollte man sich überlegen, wie man in den anderen Stadtteilen ein entsprechendes Angebot in einem nächsten Schritt schaffen kann. Trotzdem erachten wir den Standort Telli jetzt als sinnvoll. Einerseits aus soziodemografischer Hinsicht und andererseits auch aufgrund der Anzahl von Familien, welche im grössten Quartier der Stadt Aarau wohnen. Ich gehe davon aus, dass Sie die Stellungnahme der Mütter- und Väterberatung und der Stiftung Netz auch gesehen haben. Von einer Konkurrenzierung dieser Angebote kann keine Rede sein. Vielmehr ist das Eltern-Kind-Zentrum eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten, welche eine klare Versorgungslücke in Aarau schliessen. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, im Namen unserer beinahe gesamten Fraktionsgemeinschaft, dem Verpflichtungskredit zur Verstetigung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit zuzustimmen.

Martina Niggli, Mitglied: Die grüne Fraktion wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen. Der Bereich Frühe Kindheit zu verstetigen, erachten wir als sehr wichtigen und richtigen Schritt. Ein Angebot von zwei Standorten in der Stadt begrüssen wir sehr, vorallem weil die AXA die Räumlichkeiten genau für diesen Zweck gratis zur Verfügung stellt. Für Eltern mit neugeborenen Kindern verändert sich im Leben eigentlich alles. Ich habe selber zwei kleine Kinder im Alter von drei und einem Jahr. Somit kann ich aus sehr aktueller Erfahrung sagen, wie wichtig der Austausch mit anderen Eltern ist und wie wertvoll eine Fachperson für Fragen und Sorgen sein kann. Es gibt zwar die Mütter- und Väterberatung. Dort kann man sich beraten lassen. Jedoch finden die Beratungstage jeweils nur alle 2 Wochen statt und die Termine sind in der Regel Wochen voraus ausgebucht. Ich selber bin sehr dankbar dafür, ganz niederschwellig einen Rat von einer Fachperson zu erhalten. Die grüne Fraktion ist überzeugt, dass die Frühe Förderung wichtig ist und dass dadurch Probleme in späteren Lebensphasen verhindert werden können. Wir erachten es als selbstverständlich, dass es nebst den Bereichen Alter und Kind und Jugend auch etwas für die ganz Kleinen und ihre Eltern geben muss. Zum Antrag der FDP könnte ich eigentlich unsere Meinung in einem Satz kundtun. Die grüne Fraktion lehnt den Antrag einstimmig ab. Es liegt mir aber am Herzen, ein paar Worte dazu zu sagen. Der Antrag hat mich einerseits sehr erstaunt und andererseits ziemlich wütend gemacht. Erstaunt deswegen, weil geschrieben steht: "Durch den Betrieb nur eines Familienzentrums kann die Entwicklung der Nachfrage über einen längeren Zeitraum genau beobachtet werden". Genau das hat man jetzt unter anderem mit dem Pilotprojekt im Scheibenschachen gemacht. Die Resultate sind durchaus positiv. Im Familienzentrum wurden Teilnehmerlisten geführt. Eltern wurden vor Ort befragt. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Nachfrage, sowie die Begeisterung der Anwesenden sehr gross war. Das Angebot stellt keinesfalls eine Konkurrenz zu den



bestehenden Angeboten dar, sondern ist eine sehr willkommene Ergänzung. Alle Angebote in der Stadt Aarau, unabhängig davon, ob sie von Privaten oder von der Stadt angeboten werden, sind immer sehr gut besucht. Wütend gemacht hat mich der Antrag, weil geschrieben steht: "Insbesondere soll auch analysiert werden, ob das Familienzentrum von jenen Familien genutzt wird, die auf die staatlichen Unterstützungsleistungen angewiesen sind". Wieso? Was hat der soziale Status für einen Einfluss darauf? Das Familienzentrum soll grundsätzlich für alle offenstehen. Es sollen sich alle willkommen fühlen, unabhängig aller weiterer Faktoren.

Verena Jean-Richard-dit-Bressel, Mitglied: Es gibt ein Leben, bevor man Kinder hat, und ein Leben ab dem Zeitpunkt mit Kindern. Plötzlich muss man 24 Stunden verfügbar sein. 7 Tage in der Woche, 52 Wochen im Jahr. Man muss mit wenig Schlaf und viel Lärm auskommen und das non stop. Das soziale Umfeld und der geografische Radius fallen praktisch in sich zusammen. Beides wird stark eingeschränkt. Vielleicht ist es auch gut, dass man nicht alle Konsequenzen, welche Kinder mit sich bringen, vorher schon kennt, sonst würden es sich vielleicht einige anders überlegen. Auf alle Fälle betreten alle Neuland, die Väter, die Mütter, die Neuzugezogenen und die Alteingesessenen. Viele von Ihnen sind ja auch Eltern, auch von grösseren Kindern. Ich glaube, dass man vieles von dieser Erschöpfung und von dieser Überforderung später wieder vergisst, wenn man an die herzigen Kleinkinderjahre zurückdenkt. Sie sind ja auch wunderschön, aber eben nicht nur. Auch die kinderlosen Ratsmitglieder unter Ihnen haben wahrscheinlich festgestellt, dass gewisse Freunde mit Kleinkindern während ein paar Jahren praktisch von der Bildfläche verschwunden sind. Ich weiss wovon ich spreche. Ich habe drei kleine Kinder, zwei davon sind unter vier Jahren. Ich werde auch heute Nacht nicht durchschlafen. Überforderung gehört dazu. Das kannten auch schon unsere Eltern und unsere Grosseltern. Wir dürfen wenigstens heute darüber reden und wir können etwas dagegen unternehmen. Genau auf die Unterstützung von Eltern und Kindern in der anspruchsvollen Kleinkinderphase ist nämlich der Arbeitsbereich Frühe Kindheit ausgerichtet. Endlich hat man als Eltern eine niederschwellige Ansprechstelle mit diesen Eltern-Kind-Zentren. Eine zudem, welche man zu Fuss und mit dem Kinderwagen erreicht, selbst wenn das Kind weint. Die Angebote sind vielfältig und auf die Bedürfnisse der jungen Eltern angepasst. Die Koordination dieses Arbeitsbereichs sichert die Hilfestellung sogar schon vor der Geburt. Sie vernetzt Hebammen, die Elternberatung, Kinderärztinnen und Kinderärzte, Frauenärztinnen und Frauenärzte, die Stadtverwaltung, zum Beispiel bei öffentlichen Bauten und Spielplätzen, die Sozialhilfe, Kinderkrippen und viele andere Akteure. Sie stellt vor allem auch sicher, dass all diese zusammenarbeiten, was extrem komplex ist. Die Koordination dieses Arbeitsbereichs stellt aber auch sicher, dass die Angebote immer den aktuellen Bedürfnissen entsprechen, dass man Trends frühzeitig erkennt und dass neue Erkenntnisse aus der Forschung umgesetzt werden. Vor diesem Projekt gab es die Vernetzung und die Kooperation kaum, was leider dazu führen konnte, dass kleine Kinder und auch die Eltern durch die Maschen gefallen sind. Viele Eltern mögen sich noch an Phasen erinnern, als sie sich mit dem Baby nicht mehr aus dem Haus wagten, um niemanden mit dem Babygeschrei zu belästigen, als alle Leute im Bus die Augen verdrehten und man mit hochrotem Kopf aus dem Café stürmte, nur um den anderen Leuten die Kaffeepause nicht zu vermiesen. Ich bin mir sicher, dass einige von Ihnen eine solche Isolation erlebt haben. Im Familienzentrum gibt es jetzt wöchentlich Mittagstische und dort stört sich niemand an einem schreienden Baby. Ich kann sogar noch eine Hebamme nach einem Tipp fragen und ich sehe, dass andere Eltern sogar noch die lauterer Babys haben. Besonders Frauen und Männer, die sich ganz der Kindererziehung widmen, sogenannte Hausfrauen oder Hausmänner und welche keinen Ausgleich im Beruf haben, profitieren auch davon, weil sie oft alleine mit dieser Belastung sind. Der Austausch mit anderen macht Mut und vermittelt gleichzeitig Zugang zu Infos und Angeboten zu individueller Unterstützung, je nach Problemen und Situation. Das Eltern-Kind-Zentrum ist wie Aarau Info für Familien mit kleinen Kindern da. Diese Vielseitigkeit ist nur dank der Koordinationsstelle möglich. Für die Integration von beeinträchtigten Kindern braucht es



zum Beispiel die Zusammenarbeit von Frauenärzten, Kinderärzten, Heilpädagogen, Sozialen Dienste der Stadt, des Kantons und der Kinderkrippen. Es könnte ja möglich sein, dass die Krippen gemeinsame Springerinnen haben, welche genau solche Kinder betreuen könnten und solche Lösungen werden von den Koordinationsstellen erarbeitet und von der Bevölkerung gewünscht. Das Stadtmonitoring zeigt dies klar auf. Das Projekt ist transparent vorbereitet und hat einen Prozess wie im Lehrbuch durchlaufen. Die Meinungen aller wichtigen Fachleute und auch der Eltern wurden abgeholt. Immer wieder und von Anfang an. Die Testphase wurde extern evaluiert und hat Supernoten erhalten. Die Pilotphase hat übrigens auch gezeigt, dass mit dem Projekt des Vollzeit-Papas bis zum Akademiker und der Hausfrau bis zum Manager oder Schichtarbeiter die ganze Diversität der Eltern abgeholt wird und genau das ist richtig. Das gelingt beinahe bei keinem Projekt. Zu Recht werden nun dieses Projekt und die Projektleitung dafür gelobt. Sollten dennoch Zweifel bestehen, dann bitte ich Sie, das Gästebuch zu lesen. Dieses spricht wirklich für sich. 800'000 Franken im Jahr klingt nach sehr viel Geld. Soviel kosten eine schöne Wohnung oder ein sehr kleines Häuschen am Rand der Stadt. Alle nationalen und internationalen Studien zeigen aber, dass mit jedem Franken, welcher in die Kleinkinderphase investiert wird, später bei den Jugendlichen viel Geld gespart werden kann. Wenn in dieser frühen Phase bereits Weichen gestellt und Massnahmen getroffen werden, um Familien und Kinder begleiten zu können, wirken sich diese positiv auf das ganze spätere Leben der Kinder aus. Ein einziger Platz in Aarburg kostet schon über 200'000 Franken im Jahr für ein Kind. Ein Baby mit einem Schütteltrauma ist meistens ein Leben lang beeinträchtigt und verursacht Kosten in Millionenhöhe, und das abgesehen vom unerträglichen Leid, welches solche Fälle begleitet. Der Arbeitsbereich Frühe Kindheit verursacht somit keine Kosten, sondern spart viel Geld und er verhindert Leiden, Krankheit und Einsamkeit. Aarau ist zwar nicht die einzige Stadt, welche in dieses Projekt investiert, aber sie ist die einzige Stadt, welche für die über 1'000 Kleinkinder und ihre geschätzten 2'000 bis 3'000 Elternteile, welche hier leben, relevant ist. Wir könnten heute eine Weiche stellen, welche möglicherweise das ganze Leben dieser Menschen verändern wird. Ich bin der Meinung, wir sollten dies umsetzen. Die SP-Fraktion wird dem Arbeitsbereich Frühe Kindheit einstimmig zustimmen. Entgegen des FDP-Antrages sind wir der Meinung, dass die Eltern-Kind-Zentren dezentral sein müssen, um den nötigen Effekt erreichen zu können. Etwas für die ganze Stadt macht keinen Sinn. Das geht aus den vorliegenden Dokumenten hervor. Der Bedarf ist unumstritten und zwar für ganz Aarau. Wenn das Angebot im Scheibenschachen einen Mehrwert bringt, gilt dies auch für die Telli. In der Telli hat es nicht nur am meisten Kinder, dort befinden sich auch die meisten zugezogenen Personen, welche über kein Netzwerk in Aarau verfügen. In der Telli hat es den kleinsten Wohnraum und am wenigsten Wohlstand pro Familie. Wenn man in diesem Quartier in die frühkindliche Entwicklung investiert, kann man am meisten Erfolg erzielen. Ausserdem gibt es das Zentrum zum Aktionspreis. Günstiger wird es nicht mehr. Dass das etablierte Familienzentrum Aare Nord dafür geschlossen werden könnte, ist absurd. Genauso wie die Vorstellung, dass das Angebot der Elternberatung oder des Elternvereins konkurrenziert wird. Zum Glück haben die beiden Strukturen klar Stellung bezogen. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

Peter Jann, Mitglied: Ich vertrete mit meiner Person die kleinstmögliche Minderheit einer Fraktion, welche möglich ist. Ich bin der einzige unserer Fraktionsgemeinschaft, welcher den stadträtlichen Antrag ablehnt. Ich bin der Fraktion aber dankbar, dass solche Minderheiten ab und zu möglich sind. Auch wenn ich einzelne Anliegen und Absichten aus der geplanten Einführung dieses Arbeitsbereichs durchaus nachvollziehen kann und sinnvoll finde, unterstütze ich das vorgestellte Gesamtpaket nicht. Ich störe mich an verschiedenen Punkten. Hinsichtlich dem Thema Integration ist für mich aus der Botschaft nicht erkenntlich, ob Aarau ein Problem im Bereich Frühe Kindheit hat und wenn ja, bei welchen Bevölkerungsgruppen. Meines Erachtens sollte man vorhandene Probleme gezielt und nicht in der geplanten Breite angehen. Umgekehrt ist der Fokus Familie für mich eine zu eng gesetzte Zielgruppe mit entsprechenden Konsequenzen auf das unterbreite Angebot. Es sind



Treffpunkte für Eltern mit Kleinkindern geplant oder spezielle Frühkinderspielplätze. Diesbezüglich würde ich mir einen breiteren Fokus mit Begegnungszentren wünschen, bei welchen eben die Frühkinderförderung ein Teil davon ist. Schlussendlich frage ich mich auch, wo die Eigenverantwortung beim geplanten Angebot liegt. Gerade aus der Diskussion in der Fraktion habe ich auch den Eindruck erhalten, dass es sich um ein Angebot handelt, welches durchaus auch durch Private organisiert werden könnte. Private sind in diesem Bereich auch sehr aktiv. Den Eltern darf man auch ein gewisses Mass an Eigenverantwortung zumuten, insbesondere dort, wo es grundsätzlich keine Probleme gibt. Eine Unterstützung von Bevölkerungsgruppen, in welchen Probleme auftauchen, ist natürlich sinnvoll. Das Ziel der Integration, die Berücksichtigung von verschiedenen Altersphasen und Gesellschaftsgruppen finde ich sinnvoll. Die vorliegende Botschaft ist aus meiner Sicht aber zu wenig auf die Lösung vorhandener Probleme ausgerichtet. Sie ist auf eine zu enge Zielgruppe fokussiert und aus meiner Sicht wird gleichzeitig auch die Eigenverantwortung zu wenig berücksichtigt. Es geht immerhin um einen Betrag von grösser als 700'000 Franken, ca. 1 Steuerprozent, welches wir dauerhaft sprechen. Es ist unwahrscheinlich, dass ein solch aufgebautes Angebot in finanziell schlechteren Zeiten wieder abgebaut wird. Es ist unwahrscheinlich und wäre auch nicht fair denjenigen gegenüber, welche für diese Aufgabe angestellt werden. Ich habe nichts gegen Ausgaben im Betreuungs- und Kindheitsbereich. Ich frage mich jedoch, ob das Geld nicht besser für den weiteren Ausbau von Kitas und Krippenangeboten genutzt werden sollte, womit Eltern auch konkret entlastet werden könnten. Den Antrag der FDP würde ich auch ablehnen. Wenn man hinter diesem Angebot steht, macht für mich der stadträtliche Antrag deutlich mehr Sinn. Ein zentrales Zentrum bringt wahrscheinlich weniger, als wenn man im Telli-Quartier noch ein weiteres aufbaut.

Franziska Graf-Bruppacher, Stadträtin: Es ist interessant, Ihren Voten zuzuhören. Es ist sicher von Vorteil, dass so ausführlich über dieses Thema diskutiert wird. Gerne würde ich noch ein paar Punkte erwähnen, die jedoch bereits mit verschiedenen Voten klargestellt wurden. Ich möchte erläutern, weshalb wir über ein freiwilliges Angebot diskutieren. Wir haben verschiedenste Umfragen gemacht. Dabei ging es nicht nur darum, was sich Familien in Aarau, wünschen, sondern es wurde ein Stadtmonitoring veranlasst, bei welchem alle Alterskategorien, Geschlechter, Wohnpositionen in der Stadt etc. über die verschiedensten Bereiche des Lebens abgefragt wurden. Wir haben dann aufgrund anderer Themen eine Umfrage bei allen Kindern in Aarau gemacht und zwar aufgeteilt auf Kinder von 0 bis 4 Jahren. Dabei haben wir logischerweise mit den Eltern gesprochen. Wir haben direkte Befragungen von Kindern im Schulalter vorgenommen. Wir haben dazu jedes Schulhaus aufgesucht, um mit den Kindern und Jugendlichen zu sprechen. Die Umfrage bei den Eltern hat zu einem sehr grossen Teil ergeben, dass ein solches Eltern-Kind-Zentrum oder Familienzentrum gewünscht wird. Die Umfrage beinhaltete keine Fragen, die lediglich angekreuzt werden mussten. Man musste seine Meinung und Wünsche schriftlich zu Papier bringen. Wir wollten also keine Nachfrage generieren, sondern wir reagieren auf den Wunsch der Bevölkerung. Es handelt sich tatsächlich um ein freiwilliges Angebot. Ich bin aber der Meinung, dass man niemanden fragen sollte, wenn man auf die geäusserten Wünsche nicht eintreten möchte. Wir haben das Projekt Eltern-Kind-Zentrum in den tiefsten Coronazeiten gestartet. Wir haben nie Werbung gemacht. Wir haben keine eigene Webseite dafür. Es besteht einfach eine Position auf der Webseite der Stadt Aarau. Diese soll aufzeigen, ob ein diesbezüglicher Bedarf oder eine Nachfrage vorhanden ist. Wir haben die Fachleute informiert. Die nächsten Kontaktpersonen sind für uns die Hebammen, die Kinderärztinnen und Kinderärzte und die Mütter- und Väterberatung. Ich äussere mich nun zum Antrag der FDP. Man kann dafür oder dagegen sein, dass die Stadt ein Angebot von kostenlosen Räumlichkeiten des grössten Wohnungsvermieters im bevölkerungsreichsten Ortsteil annehmen soll. Das ist wirklich eine Frage an Sie. Ich möchte mich aber gerne zur Begründung der FDP äussern, welche sie in ihrem Antrag dargelegt hat. Wenn sie von Privaten spricht und dazu die Mütter-Väterberatung nennt, möchte ich darauf hinweisen, dass es sich bei der Mütter-Väterberatung um einen gesetzlichen Auftrag handelt. Diesen



müssen wir erfüllen. Es handelt sich um einen Verein, welcher zu 100 Prozent von den beteiligten Gemeinden finanziert und auch gesteuert wird. Der Vorstand besteht somit aus Personen, die von diesen Gemeinden gewählt worden sind. Ich vertrete an der Generalversammlung die Stadt Aarau und ich pflege einen engen Kontakt mit dem Vorstand der Mütter-Väterberatung. Auch die Stiftung Netz ist nicht eine private Stiftung in diesem Sinne. Für beide Instanzen ist klar, dass wir kein konkurrenzierendes oder paralleles Angebot aufstellen. Wir stellen ihnen ein Haus zur Verfügung, in welchem sie ihr Angebot anbieten und ausleben können. Die Stiftung Netz ist eine sehr spezialisierte Stiftung. Sie hat den Wunsch, eher früher in das Problem involviert zu werden. Dadurch könnte viel mehr, aber mit weniger Kosten, erreicht werden. Termine werden oft erst vereinbart, wenn das Problem schon recht gross ist. Wenn Fachpersonen dann anwesend sind, ist das von grossem Vorteil. Mein erstes Kind war für mich einfach normal. Ich kannte ja nichts Anderes. Ich habe erst bei der Geburt meines zweiten Kindes gemerkt, dass es auch noch ganz andere Kinder gibt, was nicht heissen will, dass mein erstes Kind nicht normal ist, sondern dass "normal" ein unglaublich breites Spektrum ist. Das zweite Kind ist nämlich sozusagen das Gegenteil des ersten Kindes, aber wahrscheinlich auch normal. So ergeht es auch Eltern mit vier Kindern. Als junge Eltern kann man oft nicht einschätzen, ob es sich um eine Entwicklungsverzögerung handelt, auf welche man reagieren sollte. Es kann auch ein Problem darstellen, wenn ein Kind in gewissen Bereichen extrem weit ist. Diese Tatsache als junge Eltern einschätzen zu können, ist sehr schwierig. Dazu muss entweder ein Arzt aufgesucht werden oder es steht glücklicherweise eine gute Mütter-Väterberatung zur Verfügung. Es ist relativ schwierig, Details zu erkennen. Diese Stellen machen grundsätzlich einen guten Job, benötigen aber in der Regel etwas mehr Zeit. Wir sind überzeugt, dass es sich beim neuen Arbeitsbereich um eine gute Sache handelt. Der Stadtrat hat auch entschieden, das Angebot der AXA anzunehmen, vorausgesetzt, der Einwohnerrat und später das Volk stimmen diesem Antrag zu. Beim Punkt Integration geht es nicht darum, migrierte Personen oder Leute mit einem schlechteren Bildungsstand zu integrieren. Eltern werden bedeutet für alle die gleiche Herausforderung. Es spielt keine Rolle, welche Muttersprache man spricht, was für ein Einkommen man hat, welchen Pass man besitzt und wo man wohnt, ob man in Aarau aufgewachsen oder zugezogen ist. Es wurde in einem Votum darauf hingewiesen, dass es ein Leben vor der Geburt der Kinder und nachher gibt. Das erleben alle, die an der Kindererziehung beteiligt sind, genauso. Es handelt sich sozusagen um eine Integration von Neo-Eltern in den Kreis von Eltern. Das wäre dann die Integration oder es handelt sich um ein Bilden und das Unterstützen von Familien zugunsten der Kinder. Denn Überforderung kann dazu führen, dass man seine Kinder schlägt oder schüttelt, mit unglaublich schlimmen Folgen. Es kann auch dazu führen, dass man sie psychisch nicht so behandelt, wie man das eigentlich möchte. Ich bin der festen Überzeugung, dass alle gute Eltern sein wollen, denn das liegt in unserer Natur. Mit ganz einfachen Gesprächen kann man sie sehr gut unterstützen. In dem Sinne bitten wir Sie, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen und den FDP-Antrag abzulehnen. Wir gehen davon aus, dass für Sie bis anhin nicht alle Begründungen so klar waren. Wir würden uns freuen, den Arbeitsbereich "Frühe Kindheit" mit einer Volksabstimmung für die Stadt Aarau einführen zu können. Das Volk kann zu diesem Thema ganz klar ja oder nein sagen,

Christian Oehler, Präsident: Nachdem keine weiteren Voten mehr gewünscht werden, gelangen wir zu den

Abstimmungen

Abänderungsantrag FDP

Der Abänderungsantrag der FDP



Der Einwohnerrat bewilligt einen Verpflichtungskredit zur Verstetigung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 608'000 Franken.

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 37 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt einen Verpflichtungskredit zur Verstetigung des Arbeitsbereichs Frühe Kindheit mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 778'000 Franken.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. G der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.



Traktandum 9
GV 2022 – 2025 / 50

Revitalisierung Markthalle; Kreditantrag

Christian Oehler, Präsident: Unter dem Traktandum 9 "Revitalisierung Markthalle, Kreditantrag" führen wir nun die gesamte Diskussion zu den Traktanden 9 bis 12. Es handelt sich insgesamt um vier Geschäfte. Die Abstimmungen erfolgen dann einzeln zu jedem Traktandum.

Mit Botschaft vom 4. Juli 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Investitionskredit «Optimierung Markthalle» von 772'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt. für Planung und Realisierung der Revitalisierung der Markthalle und deren Umgebung wird genehmigt.

Vor der Diskussion hören wir nun zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Dann folgen das Referat über die Motion FDP, das Referat über das Postulat Pro Aarau/EVP/GLP/Die Mitte und das Referat über die Motion der SP. Anschliessend erfolgt die Diskussion im Einwohnerrat gesamthaft und je nach Wunsch machen wir eine kurze Pause. Am Schluss gelangen wir zu den einzelnen Abstimmungen. Ich übergebe das Wort der Sprecherin der FGPK, Angela Milesi.

Angela Milesi, Mitglied: Ich gebe jetzt einen knappen Überblick über die Behandlung des Kreditantrags "Revitalisierung Markthalle" in der FGPK. Seit gut 40 Jahren ringt die Stadt um eine Lösung für das Areal von Zwischen den Toren bis zum Färberplatz. Vor mehr als 20 Jahren hat man dann nach verschiedenen Fehlschlägen die Markthalle realisiert, doch sie konnte keine abschliessende Lösung liefern. Man hat eine Bedürfnisabklärung vorgenommen. Diese hat einen breiten Fächer an Lösungen ergeben, von einer Neugestaltung des gesamten Bereichs bis hin zu einer reinen Dachsanierung bei der Halle. Und in dieser komplexen Situation will man jetzt die Chance einer altstadtbelebenden Nutzung dieser Markthalle ausloten und dies mit einer zweijährigen unkonventionellen Testphase. Die diskutierten Fragen betrafen hauptsächlich das Begegnungscafé. Es stellt sich die Frage, wie dieses organisiert wird, wie es abläuft, wie man durch das Café zu neuen Nutzungsideen kommen soll und wie die Bevölkerung einzubeziehen ist. Man wollte wissen, wo das Café genau hinkommen soll und mit welchen Daten. Weitere Fragen drehten sich um die Kosten. Es geht um zwei Honorarpositionen für die Realisierung. Man hat befunden, dass diese Honorare relativ hoch sind und stellte sich die Frage, ob nicht auch interne Fachleute aus der Stadt diese Aufgaben übernehmen könnten. Ein dritter Punkt betrifft die Akzeptanz der bisherigen Nutzung durch die Anwohner. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident, und Jan Hlavica, Stadtbaumeister, haben detailliert Auskunft gegeben. Hinsichtlich des Begegnungscafés wurde erläutert, dass dieses über die Revitalisierung der Markthalle und des Aussenraums informiert. Es ist ein Ort für Diskussionen und zum Kreieren von Ideen und Projekten. Es wird deshalb ergebnisoffen geführt. Man will dieses ab dem 17. September bis zum 12. November durchführen, anlässlich des Weihnachtsmarktes, immer an einem Samstag vor der Markthalle einfach laufen lassen, testen, Ideen sammeln und die Projekte ab 2023 bereits umsetzen. Die Bevölkerung wird um die Einreichung von Ideen gebeten und laufend strukturiert informiert. Auf diese Art und Weise und mit einer zusätzlichen Infoveranstaltung im KUK soll die Bevölkerung in das Projekt miteinbezogen werden. Zu den Kosten: Man will das Ideenpotenzial mit externen Fachexperten erweitern. Man sucht Leute, die Erfahrung im Aufbau eines solchen Betriebes haben, welcher belebt werden soll.



Beispielsweise hat man eine mit dem Aufbau der Markthalle Basel beauftragte Person im Auge, auch wenn die Möglichkeiten dort wegen der Grösse nicht mit unserer Markthalle zu vergleichen sind. Zum zweiten Punkt der Kosten: In der Testphase will man ja die Ideen ausprobieren, indem gewisse Sachen ausgeführt werden müssen. Dazu werden dann hauptsächlich wieder externe Fachleute und auch Material benötigt. Beispielsweise für eine neue Beleuchtung, flexiblen Möbeln, welche man später auch wieder an einem anderen Ort einsetzen könnte, Sträucher in Pflanzkisten für den Aussenbereich, welche alle auch zu dieser Revitalisierung gehören. Und dann gibt es noch einen Kommunikationskredit für Einladungen, Flyer, Plakate. Die Erklärungen haben die Bedenken bezüglich der hohen Kosten in der Kommission noch nicht ganz ausgeräumt. Die Auskunftspersonen haben aber betont, dass man mit gewissen Annahmen kalkulieren musste, weil man eigentlich keine Erfahrung mit einem solchen Projekt hat und der beantragte Kredit ein Kostendach ist, welches man jedoch nicht ausschöpfen muss. Für 2023 werden vorläufig keine Bewilligungen mehr für die Nutzung der Halle und des Aussenraums erteilt. Mit den Anbietern behält man aber den Kontakt aufrecht und attraktive Nutzungen werden dann geprüft, wenn das temporäre Konzept steht. Dann können wieder Anträge gestellt werden. In der Schlussdiskussion ist mehrfach festgehalten worden, dass der unkonventionelle Vorschlag eigentlich gut sei, und zwar von Leuten, welche grundsätzlich ein verschiedenes Verhältnis zu dieser Markthalle haben. Es wurde gewünscht, dass man, wo möglich, auch interne Fachleute einbeziehen und der Kredit, wenn möglich, nicht voll ausgeschöpft werden soll. Dass die Halle durchaus ihren architektonischen Reiz hat und dass der Weg sinnvoll ist, hat man ebenfalls festgestellt. Alle Wünsche können nie erfüllt werden. Am Schluss hat sich dann die FGPK mit 5 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme dafür eingesetzt, dem Einwohnerrat zu beantragen, den Investitionskredit Optimierung Markthalle von 772'000 Franken inkl. 7.7 % Mehrwertsteuer für die Planung und Realisierung der Revitalisierung der Markthalle und Umgebung gutzuheissen.

Silvano Ammann, Mitglied: Aus Effizienzgründen werde ich das Wort zur Motion und zu all diesen Anträgen und vorliegenden Postulaten und Vorstösse sowie der Botschaft des Stadtrats gerne zusammengefasst halten. Zuerst möchte ich eine Beschreibung auf der Webseite der Stadt zitieren: "Markthalle Aarau: Holzrahmen als konstruktives und gestalterisches Gerüst erscheinen aussen als schmale Lamellen, die die Fassade markant rhythmisieren. Die Halle ist ein reiner Holzbau, bei dem Tragwerk und architektonischer Ausdruck eine Einheit bilden. Sensibel reagiert der Entwurf auf die stadtbauliche Situation. Der Bau fügt sich in Form und Material ruhig in die umgebene Stadtstruktur ein". So schön wie dort die Markthalle beschrieben wird, so unterschiedlich ist die Auffassung über die Halle und die Umgebung in der Bevölkerung. Zur Ausarbeitung unserer Motion haben wir einen Wettbewerb lanciert und Ideen und Meinungen eingeholt. Zusammengekommen ist viel. Culturevents, Beizen, Biomärkte, Degustationen von lokalen Spezialitäten, Piazza, Park, grosse Pflanzen, Begrünung, Pavillon für Lesungen, Foodtrucks, Abreissen der Halle und noch viel mehr. Aber sprich: Die Markthalle soll zum Lieblingsplatz werden. All das sind Feedbacks, welche wir erhalten haben. Aber niemand hat gesagt, dass es so bleiben soll, wie es ist. Auch der Stadtrat sieht das so und hat darum in den Jahreszielen festgehalten, dass die Markthalle neu positioniert werden soll. Diverse Möglichkeiten sind geprüft worden. Von der reinen Dachsanierung über die Anpassung für eine bessere Nutzbarkeit bis hin zum Abbruch und zum Neubau. Mit dem Ergebnis, dass der Markthalle noch einmal eine Chance gegeben werden soll, indem sie revitalisiert wird. Mit einem Begegnungscafé sollen die Ideen für die Nutzung gesammelt und in einem Testbetrieb über mehrere Jahre ausprobiert werden. Salomonisch, wie hier die Verwaltung versucht, den verschiedenen Interessensgruppen gerecht zu werden. Ein interessantes, kreatives und nicht ganz konventionelles Vorgehen wird vorgeschlagen. Der Stadtrat versucht so wahrscheinlich auf die einzelnen Vorstösse einzugehen und alles unter einen Hut zu bringen. Wir werden die stadträtliche Botschaft unterstützen. In unserer Fraktion bestehen aber Bedenken, dass mit dem Vorgehen und nach dieser Testphase nicht viel mehr herauskommt, als dass man das



Dach sanieren und das Nutzungskonzept ein wenig anpassen muss. Wir möchten Sie darum wirklich auch ermutigen, unsere Motion zu überweisen. Dass es bauliche Anpassungen bereits schon heute braucht und die Halle, schon nur für den heutigen Zweck beispielsweise wettertauglich gemacht werden muss, ist nicht von der Hand zu weisen. Das kann sicher auch schon realisiert werden. Auch soll man gross denken dürfen und zum Beispiel mit einem Public Private Partnership die Nutzung und den gesamten Betrieb in dritte Hände geben. Bei so einer Ausgangslage, wie sie hier präsentiert wird, ist auch die Mehrheit unserer Fraktion der Meinung, dass man den kompletten Abriss und somit das Postulat der Zentrumsparteien zumindest prüfen soll. Bei meiner Recherche zu diesem Votum bin ich auf ein interessantes Zitat gestossen von Frank Lloyd Wright, Schüler von Louis Sullivan, welcher den berühmten Satz geprägt hat Form follows function. Gemäss Wright wurde der Satz oft falsch interpretiert. Er sagt nämlich, Form und Funktion müssen eins sein, verbunden in einer spirituellen Einheit. Wir können also nicht über die Nutzung diskutieren, ohne die Markthalle auch anzupassen. Aber egal, was heute Abend herauskommt, etwas darf nicht passieren. Nämlich dass man nichts sagt, denn niemand hat gesagt, dass es so bleiben soll, wie es ist.

Fiona Wiedemeier, Mitglied: Der Einwohnerrat hat den Bau der heutigen Markthalle bewilligt, als ich drei Jahre alt war. All diese Jahre war die Markthalle ein Politikum. Immer wieder wurde versucht, dem Färberplatz und der Halle neues Leben einzuhauchen und immer wieder wurde über einen Abriss dieser Halle diskutiert. Zahlreiche AZ-Beiträge zu Petitionen, Motionen, Postulaten und Anfragen begleiten diese leidvolle Geschichte bis heute. Immer wieder hat man der Markthalle eine neue Chance gegeben. Aber nie wurde die Bevölkerung wirklich dazu befragt. Tatsache ist, dass die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Das zeigen die zahlreichen Vorstösse aus den Reihen des Einwohnerrats. Die Markthalle wird vorwiegend für Rabattschlachten genutzt, hin und wieder vielleicht für einen kulturellen Anlass. Veranstaltungen, welche in und um die Markthalle stattfinden – ich denke dabei an den Flohmarkt und Musik in der Altstadt – sind auf den Platz angewiesen und nicht so sehr auf die Halle selbst. Die Halle verhindert Nutzungen sogar eher, als dass sie sie ermöglichen. Ich spreche den Wochenmarkt an. Aus dem Grund, weil anstelle eines grossen Platzes drei kleinteilige Flächen, vor, in und hinter der Halle vorhanden sind. Der Stadtrat will der Markthalle jetzt eine weitere Chance geben. Wir von den Zentrumsfraktionen erachten dies als Fehler. Die Platzierung der Halle im Herzen des Färberplatzes verhindert, dass dieser überhaupt wiederbelebt werden kann. Sie schränkt den Gestaltungsspielraum drastisch ein. Sie kennen die Illustrationen des Stadtrats und die Visualisierungen bringen ironischerweise die Tristesse dieses Platzes sehr gekonnt auf den Punkt. Die Enge des Raums und die Zerschnittenheit des Platzes bleiben erhalten, auch bei einer Revitalisierung und auch mit mehr hübschen Bäumen. Ich lade Sie darum ein, auf einem leeren Blatt Papier zu denken. Tabula rasa. Denken wir nicht um die bestehende Markthalle herum, denken wir vom Raum aus. Eine grosse Piazza, offen, sonnendurchflutet, mit schattenspendenden Bäumen, öffentlichen Sitzgelegenheiten, einem Foodtruck, einer Pop-up-Bar. Im Sommer essen wir im Schatten dieser Bäume unsere Mittagsmahlzeit, trinken in einer der anliegenden Beizen unserer Feierabendbier, tanzen vielleicht mit Kopfhörern in den Ohren zu einem silent rave. Im Winter schlendern wir hier durch den Weihnachtsmarkt, gehen mit unseren Kindern zum Kerzenziehen und stossen mit Freunden mit einem Glühwein an. Das ist unsere Vision für den Färberplatz. Der Vorschlag des Stadtrats ist gut, aber er ist mutlos. Er lässt sich viel zu arg von den Kosten der Vergangenheit leiten und die Volks- und Betriebswirte unter Ihnen wissen, dass Entscheide, welche sich zu stark an diesen "Sunk Costs" orientieren, immer schlechter ausfallen. Auch vergisst der Stadtrat, dass die Auszeichnung der internationalen Fachpresse nicht mit der Lebensqualität vor Ort übereinstimmen muss. So hat die Markthalle in den vergangenen Jahren schon viele Namen gehabt. Einige davon nicht allzu freundlich. Namentlich, unverständliches Holzkonstrukt, Villa Durchzug, seelenloser Bau und ich zitiere hier natürlich sehr gerne auch einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat. Die Kunst liegt bekanntlich im Auge



des Betrachters. Die Funktionalität aber ist objektiv messbar. Die Frage ist, ob wir einem monumentalen Kunstwerk, welches die Gemüter spaltet, den Vorzug vor einem offenen, vielfältig nutzbaren Marktplatz geben wollen. Mit einem ja zum stadträtlichen Vorschlag zementieren wir die Markthalle, wie sie heute steht. Beinahe 800'000 Franken ist eine ausgesprochen teure letzte Chance. Das ist mehr als 1/3 der ursprünglich bewilligten Baukosten. Wir investieren sehr viel Geld in einen Prozess, der von vornweg eine relevante Alternative ausschliesst. Eine Alternative, welche bei der Bevölkerung durchaus auch beliebt ist; die Gestaltung einer begrüneten Piazza ohne Markthalle. Kommunikativ wird natürlich ein Hintertürchen offengehalten, indem allenfalls auch ein Abriss der Markthalle in Frage kommen würde. Das bezweifle ich, nachdem noch einmal 800'000 Franken in dieses Projekt investiert worden sind. Nur schon die Wahl des begleitenden Architekturbüros sollte uns allen klarmachen, dass ein Abriss nicht zur Diskussion stehen soll. Diesbezüglich müssen wir uns keine Illusionen machen. Bei einer Zustimmung zu unserem Postulat wird die Markthalle nicht morgen abgerissen. Stattdessen werden Sie bereits in einigen Monaten einen Vorschlag vorgelegt bekommen, wie eine solche Piazza und ein solcher Färberplatz ohne Markthalle aussehen könnten und was diese Variante kosten würde. Und in diesem Moment können wir faktenbasiert entscheiden, welches der richtige Weg für den Färberplatz ist. Ein Weg mit oder ohne Markthalle. Darum bitten wir Sie, den stadträtlichen Vorschlag abzulehnen und das Postulat der Zentrumsfraktionen zu unterstützen. Seit ich 3 Jahre alt bin, polarisiert diese Markthalle. Wir sind der Meinung, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Verschwenden wir nicht noch einmal 2 Jahre und 800'000 Franken.

Abdul Abdurahman, Mitglied: Die gegenwärtige Situation der Markthalle verlangt eine neue Stossrichtung: Umgestaltung. Dies ist unbestritten. Die heutige Markthalle, obwohl mit einem Architekturpreis ausgezeichnet, konnte die Sympathie der Bevölkerung leider nie wirklich gewinnen. Was hat der Stadtrat aus den damaligen Erfahrungen gelernt? Erneut setzt der Stadtrat auf Tempo, möchte vieles selbst bestimmen und geht ohne Vorabklärungen und Detailplanung vor. Diese Vorgehensweise wirft leider einige Fragen auf. Bevor überhaupt Geld für dieses Projekt durch den Einwohnerrat beschlossen wurde, hat der Stadtrat bereits die Vorgehensweise, das Architekturbüro und die für das Projekt verantwortlichen Personen bestimmt. Daten, die durch Gespräche mit Passantinnen und Passanten in einem Begegnungskaffee zustande kommen, sind keine repräsentativen und aussagekräftigen Daten. Ich bitte eingehend darum, die Methoden zur Datenerhebung nochmals zu überdenken. Soll es sich um ein partizipatives Projekt handeln, dann sind Gespräche mit einzelnen, zufällig vorbeikommenden Personen nicht genügend. Bei der Partizipation geht es vielmehr um Beteiligung, Mitgestaltung und Sinnstiftung für das Gemeinwohl. Wenn unser Vorstoss nicht motionsfähig ist, möchte ich anmerken, dass es dann Teile der FDP-Motion auch nicht sind. Ich hoffe sehr, dass unsere Anregungen in die weitere Projektplanung und Projektgestaltung Einfluss nehmen werden. Wir lehnen einstimmig die FDP-Motion ab und unterstützen auch das Postulat der Zentrumsfraktion nicht. Ebenso ziehe ich hiermit auch meine Motion zurück, denn, wir wollen trotzdem den stadträtlichen Antrag mit einigen Vorbehalten unterstützen, um der Neugestaltung der Markthalle und deren Umgebung nicht im Wege zu stehen.

Christian Oehler, Präsident: Somit ist das Motionsgeschäft Traktandum 12 "Motion Abdul M. Abdurahman (SP): Neugestaltung Färberplatz" zurückgezogen.

Jetzt folgen die Diskussionen im Einwohnerrat zur Markthalle, Traktanden 9 – 12.

Hannah Wey, Mitglied: Auch mir persönlich hat die momentane Markthalle, welche ich ebenfalls als Villa Durchzug bezeichne, weder funktional noch optisch je gefallen. Preiskrönung hin oder her. Das momentane Marktangebot in dieser dunklen Halle spricht mich,



abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie die Velo-Börse, den monatlichen Flohmarkt und das Kerzenziehen, überhaupt nicht an. Man kann sagen, dass das Nutzungskonzept der bestehenden Halle komplett gescheitert ist. Wir begrüßen die Idee des Stadtrats, dass man zuerst verschiedene Nutzungen ausprobiert. Die Beschreibung des Testbetriebs scheint uns sehr unkonkret und diese Vorgehensweise ist nicht verwaltungskonform und irritiert darum auf den ersten Blick. Das muss aber nicht unbedingt negativ sein, sondern kann kreativen Raum bieten, bis sich ein optimales Nutzungskonzept herauskristallisiert hat, ähnlich wie bei der Reithalle. Und erst dann kann aus unserer Sicht ein Um- oder Neubau oder auch ein Abriss der Halle auf eben diese Nutzung zugeschnitten werden. Wie die FDP in ihrer Motion schon angesprochen hat, ist der versiegelte Platz vor der Halle im Sommer eine Hitzeinsel und im Winter mit viel kontrastlosem grau in grau ein guter Grund, das Areal sehr schnell wieder zu verlassen. Wir wünschen uns eine klimafreundliche Neugestaltung des Bereichs mit einer teilweisen Entsiegelung der Fläche und viel mehr Pflanzen. Aber bitte nicht bereits Bäume, welche von weitem schon nach einem grösseren Topf verlangen. Auch wünschen wir uns Abklärungen dazu, ob es möglich ist, den Stadtbach in dieser Gasse zu öffnen, analog zur Pelzgasse. Ich persönlich, als Velofahrerin, würde es toll finden, auch die Veloroutenführung in die Planung miteinzubeziehen. Eventuell könnte eine gut sichtbare und natürlich gesicherte Velospur von den Toren her zur Kronengasse die Rathausgasse entlasten. Dort kommt es regelmässig zu Konflikten zwischen Fussgängerinnen und Fussgängern, Velofahrenden und aktuell auch des Busses. Das Postulat "Färberplatz ohne Markthalle" werden wir Grünen heute grösstenteils ablehnen, aber ohne die Option eines Abrisses später ganz auszuschliessen. Den Antrag des Stadtrats "Revitalisierung Markthalle, Kreditantrag" nehmen wir mehrheitlich an. Wir gehen davon aus, dass die Motion der FDP "Färberplatz wird zum Aarauer Lieblingsplatz" damit abgeschlossen werden kann. Aus diesem Grund möchten wir anschliessend gerne die Möglichkeit und die Zeit haben, darüber nochmals diskutieren zu können. Uns ist ebenfalls aufgefallen, dass die Kosten für Honorare im vorgeschlagenen Investitionskredit wirklich hoch sind. Wir bitten den Stadtrat, die Gelder als absoluten Maximalbetrag zu verstehen und falls möglich, wirklich nicht alle Gelder auszugeben.

Thomas Richner, Mitglied: Vor 20 Jahren wurde die Markthalle fertiggestellt mit einem Investitionsbetrag von etwa zweieinhalb Millionen Franken. Seither beschäftigt die Halle die Gemüter der Aarauerinnen und Aarauern, aber auch der Besucher aus der Region. Es wurde bereits viel darüber gesprochen. Die Frage Sanierung oder Abriss beschäftigt die Bevölkerung. Die Halle ist aber mit einem Heimatschutzpreis gekrönt. So richtig glücklich ist niemand mit dem aktuellen Status. Das geht auch aus den vielen Vorstössen über all die Jahre im Einwohnerrat und aktuell aus den drei vorliegenden Vorstössen, welche wir heute behandeln, hervor. Es soll noch einmal versucht werden, herauszufinden, welche Art Markthalle und Färberplatz dann einer grossen Mehrheit der Bevölkerung und der Interessensgruppe gerecht werden kann und vielleicht sogar gefällt. Mit dem stadträtlichen Vorschlag legt man die Markthalle quasi auf die Intensivstation. Wir wissen aber noch nicht, ob sie sich erholt und dann in neuer Pracht erstrahlt oder ob man einfach nochmals Geld in die Vorbereitung eines Abrisses steckt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man es noch einmal versuchen soll. Der Kreditantrag und die mutmasslichen Kosten für die nächsten zwei Jahre sind allerdings hoch. Wir erwarten deshalb, dass nach dieser Evaluation ein sinnvolles Projekt herauskommt, welches man zahlen kann. Auf keinen Fall soll aus der Markthalle wieder ein neues Leuchtturmprojekt erfunden werden. Es darf nicht, wie in den meisten anderen Wettbewerbsprojekten, dazu führen, dass sich die vielen externen Fachleute hauptsächlich für ihre eigenen Ideen stark machen und für ihr eigenes Portemonnaie einsetzen. Diesbezüglich erwarten wir viele Inputs aus den vorgesehenen Workshops und auch eine grosse Einflussnahme der Stadt und der Verwaltung. In der Verwaltung gibt es sehr viele, gut ausgebildete Fachleute zu diesen Themen. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag des Investitionskredits, auch wenn die Halle vielleicht doch einmal abgerissen wird. Die Überweisung der Motion der FDP, welche in die gleiche Richtung



geht, unterstützen wir. Das Postulat der Mitte Fraktionen, mit dem jetzt schon zu beschliessenden Abriss, unterstützen wir nicht, weil wir der Markthalle nochmals eine Chance geben wollen. Die Motion der SP ist hinfällig.

Christoph Waldmeier, Mitglied: Abgedroschen, aber wahr! Gut Ding will Weile haben! Unsere Markthalle hatte diese Weile. Nach 20 Jahren ist die Chance klein, dass daraus noch ein "gut Ding" wird. Die Zeit ist abgelaufen. Sehr viele Personen sind dieser Meinung und glaubt man der Wahlpropaganda, ist auch die eine oder andere Partei der gleichen Ansicht. Mit der Zustimmung zu unserem Postulat reisst noch kein Mensch diese Markthalle ab. Es handelt sich um ein Postulat, um eine Bitte an den Stadtrat. Die definitive Entscheidung würde sowieso noch vor den Einwohnerrat kommen oder müsste je nach dem sogar noch vom Volk gutgeheissen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt geschieht gar nichts mit dieser Markthalle. Wir wollen nichts Anderes erreichen, als dass das Projekt ernsthaft geprüft und uns eventuell auch noch eine ernst zu nehmende Variante ohne Markthalle vorgelegt wird. Es ist selbstverständlich auch möglich, nebst unserem Postulat auch noch andere Ideen zu unterstützen, so dass uns dann am Schluss zwei Varianten vorliegen. Ein Postulat wird auch anders gewertet als eine Motion. Salomonisch und entsprechend knapp hat zwar der Stadtrat in der Botschaft auch erwähnt, dass ein Abriss resultieren könnte. Dass der Stadtrat zur Markthalle steht, ist ja eigentlich bekannt. Der Entscheid zum Abriss kommt meines Erachtens kaum zustande, wenn nun die Architekten, welche die Markthalle damals bauten, plötzlich wieder ins Boot geholt werden. Mit der Zustimmung zu unserem Postulat kann man trotzdem den Prozess genauso, wie er von der Stadt geplant wurde, durchführen. Diesen Prozess erachten wir nämlich ebenfalls als sehr kreativ und er bietet eine neue Form, um die Leute mit diesem Begegnungscafé einzubeziehen. Das wäre super. Sollte die Halle tatsächlich einmal abgerissen werden, wäre dies auch eine sehr nachhaltige Geschichte. Die KSAB wäre sehr gerne aus ökologischen und nachhaltigen Gründen bereit, das Holz zu übernehmen und mit den Schülern im Technischen Gestalten Liegestühle oder Bänke aus diesem schönen Holz zu fertigen. Dann würde die Markthalle weiterhin ihre Dienste in ganz vielen aarauer Haushalten leisten und viele Aarauerinnen und Aarauer würden sich an den neuen Bequemlichkeiten erfreuen. Wir würden uns über einen ehrlichen und offenen Prozess und eine breite Unterstützung unseres Postulats freuen.

Lukas Häusermann, Mitglied: Nach den Voten von Hanna Wey und Thomas Waldmeier möchte ich an alle, welche die Variante Abriss in Betracht ziehen, appellieren, unser Postulat zu unterstützen. Im stadträtlichen Antrag mag das erwähnt sein, ist aber nicht als mögliche Lösungsvariante aufgeführt. Am Schluss hält man sich an die Botschaft und präsentiert dann einfach irgendeinen Sanierungsvorschlag, welcher nicht den ganzen Lösungsraum beinhaltet. Diejenigen, die sich eine Variante ohne Markthalle vorstellen können, bitte ich, unser Postulat zu unterstützen. Über einen definitiven Abbruch kann dann befunden werden, wenn die Varianten auf dem Tisch liegen.

Oehler Christian, Präsident: Nun folgt die Stellungnahme des Stadtrates. Anschliessend machen wir eine kurze Pause.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Diese Markthalle ist tatsächlich seit 20 Jahren eines der Hauptthemen, welches uns immer wieder beschäftigt. Das Thema resultiert aber nicht erst seit 20 Jahren. Gleichlautende Diskussionen ergaben sich bereits schon viel früher, als noch gar keine Baute stand. Projekte wurden erarbeitet und wieder abgelehnt. Vor diesem Hintergrund haben wir dann tatsächlich auch den gleichen Architekten, welcher damals in das Geschäft involviert war, wieder beigezogen, um Optionen anzuschauen. Ich kann Ihnen versichern, dass der Abriss dieser Halle auch eine der vier Optionen ist. Eine Variante beinhaltet einen Abriss der Halle und damit eine mehrheitliche Grünbepflanzung. Es gibt eine Möglichkeit, dort Wohnbauten hinzustellen und das ganze Gebiet wieder zu



vervollständigen, eigentlich vom Durchgang her bis hin zum Storch. So, wie das vorher mit gewerblichen Liegenschaften aussah, könnte man auch Wohnraum realisieren oder auch ein öffentliches Gebäude dort hinstellen, so wie das schon einmal geplant war. Möglich wäre eine Stadtbibliothek oder ein anderer öffentlicher Raum. Eine Umsetzung wird schwierig sein, da es sich um eine Hinterhofsituation handelt und nicht den Piazza-Gedanken beinhaltet, weil man immer nur die Hinterseite der Häuser sieht. Wir haben aber auch festgestellt, dass man den ganzen Platz zwischen Storchengebäude und zwischen den Toren als Einheit betrachten muss. Wir haben den Vorstoss der FDP mit der Motion und auch den inhaltlich partizipativen Charakter des Vorstosses der SP in dem Sinne aufgenommen und die Option des Abrisses auch mit einbezogen. Wir haben aber nicht schon im Voraus von einem Abriss gesprochen, weil wir einfach alle Optionen prüfen wollen. Die Verzögerung in der Bearbeitung, weil das Thema ja schon lange virulent war und diesbezüglich mehrere Vorstösse im Anschluss an die FDP-Motion gekommen sind, hat auch dazu beigetragen, dass sich beispielsweise – nebst den Kritikerinnen und Kritikern, auch Nutzer gemeldet haben. Die Nutzer selbst kamen eigentlich bis anhin nie richtig zu Wort. Seinerzeit hat man damit gerechnet, dass die Halle vierzig bis fünfzig Mal im Jahr gebucht ist. Heute ist sie 250 Mal im Jahr ausgelastet. Es handelt sich also nicht um einen totalen Flop. Wenn wir nun innerhalb von zwei Samstagen 1200 Unterschriften von Leuten, welche die Markthalle unterstützen, weil sie gerne den Flohmarkt besuchen und die Nutzungen schätzen, haben, handelt es sich um ein Anliegen, welches wir mit einbeziehen wollen. Deshalb wollen wir Ideen sammeln, solange die Markthalle noch vermietet wird, also bis Ende Jahr. Die Dauer der Partizipation soll anfangs September bis zum Beginn des Weihnachtsmarktes dauern. Erste Ideen können somit aufgenommen werden. Anschliessend können in einem zweijährigen Prozess verschiedene Tests und Abklärungen vorgenommen werden, bevor dann ein Vorschlag unterbreitet wird. Die Bepflanzung von Bäumen wurde angesprochen. Der Platz ist an verschiedenen Orten unterbaut. Dort unten befinden sich Abfallkübel, der Stadtbach, Transformatorenhäuschen und Leitungen. Der Platz ist warm, eng und schattig. Wenn wir dort Bäume pflanzen wollen, müssen wir sehr detailliert abklären, was dort möglich ist und in welcher Art eine solche Bepflanzung stattfinden kann. Diese Aufgabe können wir nicht dem Stadtgrün und auch nicht dem Hochbau überlassen. Dazu werden externe Leute benötigt, auch für andere Abklärungen. Wenn man die Halle stehen lassen und mit Oblichtern versehen möchte, braucht es die nötigen Fachplaner, weil es sich um ein statisch filigranes Werk handelt. Allenfalls könnte dies ein Punkt sein, welcher nachher zur Erkenntnis führt, die Halle zu entfernen, denn ein Oblicht in diesen Bereichen ist in dieser Konstruktion gar nicht möglich. Es bestehen viele Themen, namentlich wurde die Bachöffnung angesprochen. Der Bach ist über weite Teile eingedolt. Wenn wir später mit einem Projekt kommen wollen, müssen wir detailliert wissen, wo der Bach durchgeführt werden soll und welches die inhaltlichen Punkte sind, welche wir hinsichtlich der Leitungen anschauen müssen. Deshalb haben wir den Maximalbetrag von 290'000 Franken für Fachplaner und die Betreuung dieses Prozesses mit eingestellt. Das Ganze dauert über zwei Jahre. Auch hinsichtlich der Möblierungen und der Bauten sollen Tests vorgenommen werden. Es geht auch darum, in diesem neuen Prozess zu prüfen, wie Möblierungen beispielsweise auch an anderen Orten, Plätzen und Quartieren verwendet werden können. All das soll mit diesem Prozess und mit diesen Massnahmen im Rahmen dieser zwei Jahre getestet werden können. Es wurde auch das Modell der Reithalle genannt. Dort gab es auch Verzögerungen, bis eine Lösung vorlag. Durch das Testen verschiedener Punkte war es möglich, ein Konzept vorzulegen, welches auch überzeugt und gut funktioniert. Ich würde nicht so weit gehen und sagen, die Markthalle ist ein totaler Flop. Sie wird genutzt und der Platz ist durchaus belebt. Es braucht aber Massnahmen im Verbindungsteil zwischen Storch und zwischen den Toren, aber auch vor allem als wichtiger Zugang zur Altstadt vom Graben her. Wir werden alles daransetzen, dass wir gerade dort die Optionen mit einem partizipativen Verfahren, mit der Prüfung aller Optionen und im vorgeschlagenen Kostenrahmen realisieren können. Deshalb beantragen wir, den stadträtlichen Antrag zu unterstützen.



Christian Oehler, Präsident: Wir machen eine kurze Pause, um das weitere Vorgehen vor der Abstimmung besprechen zu können.

Nicola Müller, Mitglied: Für die SP-Fraktion wäre es immer eine veritable Lösung gewesen, die Markthalle abzureissen. Wir haben diesen Punkt immer mitgedacht und waren der Meinung, dass dies aus der Botschaft genug hervorgeht. Aber die Argumentation von Seiten der Zentrumsfraktion, auch beide Anträge überweisen zu können und vielleicht dadurch auch zum Ausdruck bringen zu können, dass man eben auch den Abriss als ernsthafte Lösung im Auge behalten soll, überzeugt zumindest einen Teil unserer Fraktion. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen, wir haben keinen Fraktionszwang. Es werden sich einige umentscheiden und beide Anträge, den stadträtlichen Antrag und denjenigen der Zentrumsfraktion, unterstützen. Wir bleiben aber dabei, dass wir den FDP-Antrag sicherlich nicht unterstützen werden.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Bemerkungen vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Investitionskredit "Optimierung Markthalle" von 772'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt. für Planung und Realisierung der Revitalisierung der Markthalle und deren Umgebung wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 10
GV 2018 – 2021 / 225

Motion Brigitte Vogt (FDP), Martin Bahnmüller (FDP), Silvano Ammann (FDP), Rainer Lüscher (FDP); Färberplatz wird zum Aarauer Lieblingsplatz

Christian Oehler, Präsident: Die FDP-Fraktion des Einwohnerrates reichte am 8. Juni 2021 die Motion "Färberplatz wird zum Aarauer Lieblingsplatz" ein mit folgenden

Anträgen

- 1. Die anstehenden Sanierungsarbeiten an der Bausubstanz der Markthalle seien dahingehend zu planen und soweit nötig auszuweiten, dass die Halle ganzjährig genutzt, für Marktanbieter funktional, ablauf- und sicherheitstechnisch optimiert und für Bewirtschafter und Besucher in Sommer wie Winter zur Nutzung angenehm wird. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch der Einbau einer wetterfesten, innenliegenden Hülle, der Einbau einer einfachen WC-Anlage (oder der Einbezug der bestehenden Anlagen Zwischen den Toren) sowie ein Anschluss an das Fernwärmenetz zu prüfen.*
- 2. Entsprechend der neuen Bedürfnisse und Gegebenheiten sei das Markthallenreglement 6.7-3 vom 25. März 2002 zu überarbeiten. Wir bitten den Stadtrat, ein Neukonzept für eine ganzjährige Nutzung, beispielsweise durch einen ständigen Lebensmittelmarkt und Degustationsgastronomie zu erarbeiten- vorzugsweise mit lokalen und nachhaltig produzierten Gütern.*
- 3. Als zweiten Schritt bitten wir den Stadtrat, Aarau Standortmarketing mit der zuständigen City-Managerin zu beauftragen, bei interessierten Kreisen sowie Detailhandels- und Gastrobetrieben, insbesondere anrainend an Färberplatz, Färbergässli, Storchengässli und der Gasse Zwischen den Toren, für eine Neunutzung des gesamten Platz- und Gassenbereiches zu werben, Interesse zu wecken, sie einzubinden und mit ihnen und allfälligen Neunutzern der Markthalle, eine klare Neuausrichtung und Neuprofilierung dieses Altstadt Rayons zwischen Schuhhaus Storchen bis hin zu den beiden Toren zu entwickeln. In der Umsetzung soll klar die Privatinitiative und das Privatengagement der involvierten Betriebe im Vordergrund stehen, die städtischen Unterstützungsleistungen wären auf notwendige bauliche Eingriffe und Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und vereinfachten Bewilligungsverfahren auszurichten. Es soll ein PPP (Public-Private-Partnership) aufgebaut werden, um eine Win-Win-Situation für Gewerbe und Stadt zu generieren.*
- 4. Bei der Planung und Umsetzung der baulichen Aufwertung des Rayons Färberplatz bis Zwischen den Toren sind nebst Aufenthaltsqualität auch gewerberelevante Nutzungsanforderungen (z.B. reibungsloser Güterverkehr) und klimarelevante/hitzeminimierende Massnahmen wie z.B. Begrünung miteinzubeziehen.*
- 5. Für die baulichen Massnahmen der Sanierung der Markthalle unter Ausrichtung auf eine ganzjährige regelmässige Nutzung sowie für die konzeptionellen und baulichen Aufwendungen der Einbettung des Altstadt rayons Färberplatz/Zwischen den Toren in ein Gesamtkonzept sei vom Stadtrat je ein separater Projektkredit zu erarbeiten und dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzulegen.*



Mit Botschaft vom 20. Dezember 2021 nimmt der Stadtrat zum Motionsbegehren schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, die Motion der FDP-Fraktion "Färberplatz wird zum Aarauer Lieblingsplatz" zu überweisen.

Bezüglich der Voten und Diskussionen zu diesem Traktandum wird auf die in Traktandum 9 geführte Gesamtbetrachtung verwiesen.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Motion "Färberplatz wird zum Aarauer Lieblingsplatz" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 11
GV 2022 – 2025 / 21

Postulat Fraktionen Pro Aarau, EVP/EW, GLP, Die Mitte; Neugestaltung Färberplatz ohne Markthalle

Christian Oehler, Präsident: Am 4. März 2022 haben die Fraktionen Pro Aarau, EVP/EW, Grünliberale und Die Mitte das Postulat "Neugestaltung Färberplatz ohne Markthalle" eingereicht mit folgenden

Anträgen

Antrag 1

Der Stadtrat erarbeitet bis spätestens Jahresmitte 2024, unter Einbezug der relevanten Nutzungsgruppen, einen Plan zur architektonischen Umgestaltung des Färberplatzes, welcher sich durch eine vollständige Entfernung der bestehenden Markthalle auszeichnet. Dabei sind folgende weiteren Vorgaben zu beachten:

- *Die Aufenthaltsqualität ist zu steigern.*
- *Hitzeinseleffekte sind zu minimieren.*
- *Eine Mischung aus kommerzieller und nichtkommerzieller Nutzung ist anzustreben.*

Antrag 2

Der Stadtrat erarbeitet innerhalb der nächsten zwei Jahre, unter Einbezug der relevanten Nutzungsgruppen, ein Nutzungskonzept passend zu den architektonischen Überlegungen gemäss Antrag 1.

Mit Botschaft vom 4. Juli 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Neugestaltung Färberplatz ohne Markthalle" ist nicht zu überweisen.

Bezüglich der Voten und Diskussionen zu diesem Traktandum wird auf die in Traktandum 9 geführte Gesamtbetrachtung verwiesen.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Neugestaltung Färberplatz ohne Markthalle" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 12
GV 2022 - 2025 / 26

Motion Abdul M. Abdurahman (SP); Neugestaltung Färberplatz

Christian Oehler, Präsident: Diese Motion wurde zurückgezogen. Es wird auf das Votum unter Traktandum 9 von Abdul Abdurahman verwiesen.



Traktandum 13
GV 2022 – 2025 / 45

MFH Achenbergstrasse 9 und Kirchbergstrasse 18; Teilsanierung; Baukredit

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 20. Juni 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für die Teilsanierung der Mehrfamilienhäuser Achenbergstrasse 9 und Kirchbergstrasse 18 in der Höhe von 3'005'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Dann folgen die Diskussionen im Einwohnerrat, die Stellungnahme des Stadtrates, allfällige Rückfragen und die Abstimmung. Das FGPK-Referat hält Beatrice Klaus.

Beatrice Klaus, Mitglied: Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 10. August 2022 den Baukredit für die Teilsanierung der Mehrfamilienhäuser an der Achenbergstrasse 9 und der Kirchbergstrasse 18 im Scheibenschachen diskutiert. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker und Herr Bernhard Gaul, Projektleiter der Sektion Hochbau, zur Verfügung. Die Auskunftspersonen haben ausgeführt, dass die Häuser in den Vierzigerjahren durch die Stadt Aarau gebaut wurden und jetzt eine adäquate Sanierung erfolgen soll. Die Liegenschaften sind dem Finanzvermögen zugeteilt. Die ursprünglich im Investitionsbudget eingestellten 1,75 Millionen Franken reichen für die Sanierung nicht. Die Sanierung soll umfassend mit PV-Anlage und Heizungsersatz erfolgen. Der Mietzins soll moderat angepasst werden. Eine Vierzimmerwohnung kostet heute 1'100 Franken. Nach der Sanierung wird die Miete bei 1'200 bis 1'300 Franken liegen. Im Rahmen der Planung wurde noch einmal der Zustand der Fassade überprüft und man kam zum Schluss, dass eine vollständige Sanierung notwendig ist. Zur Frage aus der Kommission, weshalb eine Grundrissanpassung notwendig sei, haben die Auskunftspersonen erläutert, dass in den Wohnungen zurzeit ein kleines WC ohne Lavabo und ein Bad mit Boiler vorhanden seien. Es sei vorgesehen, die Räume zusammenzulegen. Aus der Kommission wurde angeregt, allenfalls die Familienwohnungen, wenigstens teilweise, mit Badewannen und nicht ausschliesslich mit Duschen auszurüsten. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass erfahrungsgemäss keine Badewannen benötigt werden und eine Badewanne und eine Dusche würden gleichzeitig nicht in den Raum passen. Der Hinweis bezüglich der unterschiedlichen Ausrüstung der Wohnungen ist durch die Auskunftspersonen entgegengenommen worden. Auf die Frage, was die Sanierung für die heutigen Mieterinnen und Mieter bedeutet, ist durch die Auskunftspersonen erklärt worden, dass geplant wird, die Sanierungen strangweise, das heisst jeweils drei Wohnungen gleichzeitig, vorzunehmen. Es bestehe die Möglichkeit, fremde Wohnungen dazu zu mieten und Mieterinnen und Mieter temporär auszuquartieren. Aus der Kommission wurde ausserdem die Frage gestellt, ob auf gewisse Optionen verzichtet werden könnte. Ausserdem hat sich die Kommission die Frage gestellt, weshalb keine Wärmepumpe eingebaut wird. Die Auskunftspersonen hielten fest, dass es wenig Möglichkeiten gäbe und lediglich die PV-Anlage weggelassen werden könnte. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass alle anderen Optionen sinnvollerweise realisiert werden sollten und halten fest, dass die Umgebungsarbeiten in den Kosten der Fassadensanierung eingerechnet seien. Bezüglich der Heizung ist mit dem Protokoll die Rückmeldung gemacht worden, dass die Heizkörper in den Wohnungen in ihrer Grösse auf eine Vorlauftemperatur von 65 Grad ausgelegt seien und auch mit der geplanten Vorlauftemperatur von 55 Grad mit einer Pelletheizung gut bedient werden könnten. Um eine Heizanlage mit einer Wärmepumpe wirtschaftlich zu betreiben, sollte gemäss Auskunft die



Vorlauftemperatur demgegenüber maximal 45 Grad betragen. Dafür seien die Heizkörper in den Wohnungen nicht ausgelegt und müssten durch höhere ersetzt werden. Aus diesem Grund habe sich das Kernteam für eine Pelletheizung entschieden. In der Schlussdiskussion wird aus der FGPK zurückgemeldet, dass der Zustand der Fassade eine Sanierung aufdränge. Es wird ausserdem begrüsst, dass die Mieten nur moderat angepasst werden und weiterhin günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Die Option Badewanne in einzelnen Wohnungen wird unterstützt und es wird begrüsst, dass auch bestehende Bauteile, wie zum Beispiel die Türen, wiederverwertet werden. Das Projekt wird von der FGPK einstimmig unterstützt. Nachfolgend spreche ich noch im Namen der SP-Fraktion. Ich wohne keine 100 Meter von diesen beiden Häusern entfernt, welche saniert werden sollen. Weil eine meiner Freundinnen mit ihrer Familie in einem dieser Häuser wohnte, weiss ich auch, wie die Wohnungen aussehen und dass eine Sanierung wirklich dringend notwendig ist. Die SP-Fraktion begrüsst die geplante Sanierung. Besonders erfreut ist sie, dass keine Luxussanierung vorgenommen wird und die Mieterinnen und Mieter nicht wegsaniert werden, sondern die Mieten auch nach der Sanierung moderat bleiben und bezahlbarer Wohnraum erhalten wird. In diesen Wohnungen wohnen viele Familien mit Kindern. Sie sind von der Grösse her bestens als Familienwohnungen geeignet. Wir möchten darum beliebt machen, dass die Badewannen ganz oder teilweise bestehen bleiben. In Alterswohnungen macht es sicher Sinn, Badewannen hinsichtlich der Sturzgefahr durch Duschen zu ersetzen. Bei Familienwohnungen könnte das aber anders aussehen. Ich habe selber keine Kinder, kann mir aber vorstellen, dass ein entspanntes Kind in einer Badewanne besser sauber zu bekommen ist, als ein weinendes Kind unter einer Dusche. Logischerweise kann auch in einer Badewanne geduscht werden. Dass die Fassaden saniert werden müssen, ist allen, die wissen, wie wenig hübsch die beiden Häuser mittlerweile aussehen, klar und irgendwie ist eine schöne Fassade ja auch eine Visitenkarte für die Mieterinnen und Mieter der Stadt Aarau. Dass die Gasheizung durch eine alternative Heizform ersetzt wird, macht nicht nur angesichts der Erderwärmung, sondern auch aus der geopolitischen Lage heraus, absolut Sinn. Überhaupt ist es positiv, dass der Stadtrat beantragt, auch die als optional deklarierten Vorhaben umzusetzen. So kann ich beispielsweise aus eigener Erfahrung sagen, dass ich den Betonboden in meinem Keller, spätestens seit 15 Jahren und 13 Tagen, extrem zu schätzen weiss. Sie können mir glauben, dass auch ein Keller mit einem Betonboden nicht besonders gut riecht, wenn er von der Aare überschwemmt wird, was an der Achenbergstrasse und der Kirchbergstrasse ja auch der Fall gewesen ist. Aber im Gegensatz zu den Keller-Abteilen mit dem Erdkiesboden schon fast himmlisch. Für die SP-Fraktion ist es aber vor allem auch klar, dass, entgegen der Aussage der Auskunftspersonen in der FGPK-Sitzung, dass auf Photovoltaikanlagen allenfalls verzichtet werden könnte, diese realisiert werden müssen. Sie sind ein absolutes Muss und die Stadt Aarau steht als Bauherrin und Vermieterin in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die SP-Fraktion wird dem Baukredit für die Teilsanierung der Mehrfamilienhäuser Achenbergstrasse 9 und Kirchbergstrasse 18 einstimmig zustimmen.

Martin Bahnmüller, Mitglied: In der FDP-Fraktion war die Teilsanierung dieser beiden Liegenschaften grundsätzlich nicht umstritten. Das gleiche gilt übrigens auch für die sechs optionalen Massnahmen inklusiv Photovoltaikanlagen. Intensivere Diskussionen gab es jedoch zum Thema Kosten. Wie üblich bei solchen Vorlagen, haben wir uns gefragt, ob es nicht möglich ist, das gleiche Ziel mit etwas weniger finanziellem Aufwand zu erreichen. Unsere Immobilien- und Baufachleute sind der Meinung, dass solche Objekte, wenn sie eine andere Trägerschaft hätten, mit dem gleichen Nutzen mit deutlich weniger finanziellem Aufwand saniert werden könnten, ohne dass die Wohnqualität später darunter leidet. In der Interessensabwägung sind wir zum Schluss gekommen, dass diese Teilsanierung richtig ist, auch wenn sie als zu teuer erachtet wird. Wir werden sie zähneknirschend grossmehrheitlich gutheissen.



Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Es freut mich, dass das Sanierungsprojekt im Grundsatz gut aufgenommen wird. Es sind tatsächlich zwei der wenigen Häuser, welche wir als Einwohnergemeinde als Anlagen im Finanzvermögen seinerzeit selber realisiert haben. Diese sind natürlich mit Baujahr 1947 und 1948 in die Jahre gekommen. Ich kann zu den bisherigen Informationen keine weiteren Aussagen machen. Es war uns einfach wichtig, die Differenz zwischen dem Standard-Erneuerungsprozess, welchen wir jeweils mit unserem Stratus-Tool ausrechnen, und unseren optionalen Deklarationen, aufzuzeigen. Es war uns ein Anliegen, diese Massnahmen auch bei unseren eigenen Häusern umzusetzen. Deshalb ist auch für uns weder die Photovoltaikanlage noch der Ersatz der Heizung oder der Abdeckung des Kellergeschosses eine Frage gewesen. Die Wohnungslüftung hat sich tatsächlich aus der Situation ergeben, weil die Fassade auch von aussen Feuchtschäden aufwies. Entsprechend handelt es sich um sinnvolle Massnahmen und es freut mich, wenn der Antrag des Stadtrates unterstützt wird.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für die Teilsanierung der Mehrfamilienhäuser Achenbergstrasse 9 und Kirchbergstrasse 18 in der Höhe von 3'005'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 14
GV 2022 - 2025 / 35

Kreditabrechnung Werkhof, Ersatz Lichtband über Werkhofhalle / Lager

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 23. Mai 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Werkhof, Ersatz Lichtband über Werkhofhalle/Lager". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 130'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 122'423.80 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 7'576.20, das sind 5.83 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 10. August 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 48 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Werkhof, Ersatz Lichtband über Werkhofhalle/Lager" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 15
GV 2022 - 2025 / 36

Kreditabrechnung Fuss- und Radweg Torfeld Nord; Projektierung und Realisierung

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 30. Mai 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Fuss- und Radweg Torfeld Nord, Projektierung und Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 700'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 698'048.50 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 1'951.50, das sind 0.28 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 10. August 2022 zur Prüfung vor.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 48 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Fuss- und Radweg Torfeld Nord, Projektierung und Realisierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 16
GV 2022 – 2025 / 38

Kreditabrechnung Werkhof, Erneuerung Fassadenelemente Werkhofhalle

Oehler Christian, Präsident: Mit Datum vom 30. Mai 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Werkhof, Erneuerung Fassadenelemente Werkhofhalle". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 260'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 204'226.25 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 55'773.75, das sind 21.45 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 10. August 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung.

Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fast mit 48 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Werkhof, Erneuerung Fassadenelemente Werkhofhalle" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Verabschiedung Pascal Benz

Pascal Benz hat auf die heutige Sitzung seinen Rücktritt eingereicht. Er ist seit 9. Mai 2016 Mitglied des Einwohnerrates. Er hat sehr viele Vorstösse, Anfrage und Postulate eingereicht. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zähle ich diese nicht auf. Es sind nämlich 17 Stück und es handelte sich um sehr innovative Geschäfte. Ich danke Pascal Benz im Namen des Einwohnerrates und des Stadtrates für sein Engagement zum Wohl der Stadt Aarau. Du hast mit deinen kreativen Ideen und konstruktiven Lösungsvorschlägen echte Möglichkeiten für eine neue und moderne Stadt aufgezeigt. Vielen Dank.

50 Jahr-Jubiläum Einwohnerrat Aarau

Nun möchte ich noch das Jubiläum 50 Jahre Einwohnerrat aufgreifen. Dieses wird von Seiten der Stadt vorbereitet. Man möchte diesen Anlass gebührend feiern. Ich habe den gleichen Anlass in Lenzburg besucht. Dieser hat mich ein wenig inspiriert. Dieter Egli hat die Grussbotschaft des Regierungsrates überbracht. Zudem wurde ein Referat über Demokratie gehalten. Es wurde ein reichhaltiger Apéro verabreicht. Ich bin der Meinung, dass Aarau – als Hauptstadt – etwas Annäherndes veranstalten muss. Wir haben einfach kein so schönes Schloss. Entsprechende Planungsarbeiten sind in Vorbereitung. Sobald eine entsprechende Zusage des Regierungsrates und der Referenten vorliegt, werden wir das Datum bekanntgeben. Ich hoffe, die Feier kann noch dieses Jahr stattfinden. Der Anlass wird aber nicht im Anschluss an eine Einwohnerratssitzung stattfinden. Dafür würde die Zeit nicht reichen.



Schluss der Sitzung 22.50 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Christian Oehler

Der Protokollführer:
Stefan Berner